

Josef Schüßlburner

Beitrag zur Rückgewinnung des außenpolitischen Denkens

1. Teil: Wesen und Grundsätze der Außenpolitik - ein Versuch über den Staatenkreis des *Kautilya*

Stand: 21.12.21

The belief that democratic states do not go to war with one another has become a commonplace of western policy. Plausible as it may have been in the past, it is a dangerous presumption with which to approach the future (The Economist vom 1. April 1995, S. 19 f., The politics of peace)

Frankreich wäre mir von allen Bundesgenossen der bedenklichste, obschon ich mir die Möglichkeit offen halten muß, weil man nicht Schach spielen kann, wenn einem 16 von 64 Felder von Haus aus verboten sind (Otto v. Bismarck; zitiert bei Steinberg, Bismarck. Magier der Macht, S. 186 f.)

Das bis zur Ablehnung einer genuinen deutschen Außenpolitik gehende Unbehagen bundesdeutscher Politologen am spezifischen außenpolitischen Denken, wird - soweit dies überhaupt rational nachvollziehbar ist (und nicht von vornherein nur als bloße Fortsetzung besatzungspolitischer Ideologeme angesehen werden muß) - etwa unter Berufung auf „demokratische Werte“ rationalisiert.

Ende der Außenpolitik wegen demokratischen Universalismus?

Und in der Tat: Reduziert man Demokratie bei Abstraktion von konkreten Völkern und Anwendung eines allgemeinen Menschheitsegalitarismus

mit Verbotswirkung gegen politische Opposition im Inland: s. Menschenwürde als Feinderklärung gegen den deutschen Charakter der Bundesrepublik? Bemerkungen zum verfassungsgerichtlichen Nichtverbot mit Verbotswirkung

<https://links-enttarnt.de/parteiverbotskritik-teil-27>

auf die Losung *one-man-one-vote*, dann scheint sich ein Widerspruch zwischen Demokratie und Außenpolitik als solcher aufzutun; denn in dem „Außenverhältnis“, dessen Existenz Außenpolitik zur Voraussetzung hat, gilt dieser Grundsatz gerade nicht. Vielmehr stehen sich dabei als souverän anerkannte Staaten als gleichwertige Völkerrechtssubjekte unabhängig von der Einwohnerzahl zumindest rechtlich als gleichwertig gegenüber: Die USA haben dann etwa in internationalen Organisationen normalerweise (die Abweichung von diesem Prinzip etwa im UN-Sicherheitsrat ist wiederum machtpolitisch sehr entscheidend) dasselbe Stimmrecht wie etwa Malta: *one-state-one-vote*.

Gäbe es jedoch nur „demokratische Weltinnenpolitik“ nach dem folgerichtigen *one-man-one-vote*-Prinzip im Sinne des Menschheitsegalitarismus, dann dürften die USA, entsprechend ihrer Bevölkerungszahl, in der Welt allerdings nur $\frac{1}{4}$ des Einflusses des demokratisch regierten Indien haben oder nur in etwa das Gewicht, das Brasilien im Verein mit Argentinien und Chile zusteht. In einem Weltparlament würden die amerikanischen Vertreter allenfalls die Rolle spielen können, die die FDP lange Zeit im bundesdeutschen Parlament eingenommen hatte: Die USA wären also bei Universalisierung des sicherlich besonders demokratischen bundesdeutschen Wahlrechts

s. dazu diesem: Wahlrecht mit Verbotswirkung: Die Aussperrklausel
<https://links-enttarnt.de/wahlrechtskritik-1-teil> und

Wahlrechtssperrklausel als Konnexinstitut des Parteiverbotsersatzes. Der Schutz des Parlaments vor den Wählern <https://links-enttarnt.de/wahlrechtskritik-2-teil>

von einer weltweiten parlamentarischen Ausschlußklausel bedroht! Es kann aber davon ausgegangen werden, daß die USA, die diesen demokratischen Universalismus predigen, nicht mit einem derartigen Machtverlust einverstanden sind, mögen auch die Niederlagedeutschen diesen Universalismus als „Werteordnung“ noch so verinnerlicht haben, der aus der Logik dieses aus „demokratischen Werten“ abgeleiteten Universalismus einer „Weltinnenpolitik“ folgt. Vielmehr werden sich die USA weiterhin (nach diesem Ideologen bewertet) völlig „undemokratisch“ unter Berufung auf ihre welthistorische Sonderstellung (*American exceptionalism*), die anders als diejenige der Deutschen natürlich sehr gut sein muß (Indianermarginalisierung, Versklavungssystem und noch einiges mehr darf man dabei vergessen oder revisionistisch relativieren), neben dem weltweit etwas nachrangigen Gewicht ihrer Bevölkerungszahl (mit rund 321,2 Millionen Einwohner aufgerundet etwa 5 % der Weltbevölkerung bei 2015 rund 7,3 Milliarden Weltbewohner) auf technische Überlegenheit, Finanzen und Militär und vor allem auf ihr Sendungsbewußtsein und die davon ausgehende kulturelle Ausstrahlung (Ideologie) - als *soft power* bezeichnet - stützen wollen. Damit wird auch der machtpolitisch instrumentale Charakter dieser „Weltinnenpolitik“ deutlich: Es handelt sich hier um eine amerikanische außenpolitische Herrschaftsideologie, die über die Politologie als Besatzungs- und Geheimdienstwissenschaft

s. dazu: Verfassungsideologie in der Bundesrepublik als politologische Salomitaktik zur Erweiterung der „Verfassungsfeindlichkeit“
<https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-teil-9>

in die Bundesrepublik transformiert wird, sich aber für besonders betroffene Länder potentiell verhängnisvoll auswirkt!

Die weitere Argumentationslinie der „Weltinnenpolitik“ läuft dann auf die Insinuation hinaus, daß im Falle der weltweiten Einführung von Demokratie überall sowieso gleich abgestimmt würde, mit der Folge, daß damit die Außenpolitik auch ohne förmliche Etablierung einer aufgrund des politischen Universalismus an sich notwendigen Weltregierung aufhört, weil mit der weltweiten Einführung von Demokratie das „Ende der Geschichte“ eingeleitet würde, wie der *Bush-Prophet Fukuyama* verkündet hatte. Diese Annahme ist schon auf einer abstrakten Ebene deshalb widersinnig, weil Demokratie sich unter Berufung auf die Freiheit legitimiert und demnach - wie *Huntington* (*Clash of Civilisations*) richtig bemerkt hat - die weltweite Einführung der Demokratie gerade vom möglichen Weltstaat wegführt, weil dann nämlich die Inder genauso indisch werden bzw. schon geworden sind, wie die Amerikaner amerikanisch sind - zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft war zumindest die indische Führungsschicht noch „englischer“ als sie es nunmehr nach der längeren Phase einer demokratischen Unabhängigkeit ist. Die Konzeption des Weltstaates als amtlicher Geschichtsteologie / Geschichtstheologie steht ohnehin mit dem Konzept der politischen Freiheit und damit der Essenz dessen, was man unter politischer Freiheit und damit Demokratie versteht, in einem unauflöselichen Widerspruch,

s. Staatenpluralismus als Garantie der politischen Freiheit
<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-2>

weil diese Freiheit das Recht bedeuten muß, aus dem Weltstaat auch wieder austreten zu können, um jenseits desselben seinen Staat gründen zu dürfen. Die Konzeption eines Weltstaates, welcher das individuelle Stimmrecht massiv entwertet, steht der Verwirklichung

der demokratischen Regierungsform entgegen. Deshalb müßte gerade die generelle Einführung von Demokratie eigentlich bedeuten, daß sich der weltweite Abstimmungs-pluralismus erhöht und somit Außenpolitik gewissermaßen zunimmt.

„Ad fontes“ des außenpolitischen Denkens!

Aufgrund der fundamentalen Herausforderung, der das Konzept der Außenpolitik als solcher - und damit auch die Demokratie, soweit sie auf Volkssouveränität zurückgeführt wird, die souveräne Staaten und damit ein Außenverhältnis impliziert - zumindest in der Bundesrepublik zum Schaden der Deutschen ausgesetzt ist, wird es wohl erforderlich, zu den Quellen des außenpolitischen Denkens zu gehen. Obwohl die politische Wissenschaft als solche (wie fast alle Wissenschaften) auf die antiken Griechen zurückzuführen ist, so muß doch konstatiert werden, daß *Aristoteles* und selbst der Verfasser des außenpolitische Vorgänge und Entscheidungsprozesse detailliert darlegenden Peloponnesischen Krieges, *Thukydides*, eine systematische Theorie der Außenpolitik als solche vermissen lassen. Als Anhänger der Polis, des griechischen Stadtstaates, der als Demokratie (bzw. Oligarchie, die auch als Demokratie beschrieben werden kann: Politie) danach die beste Form der Verwirklichung des Menschlichen darstellt, wird Außenpolitik wie selbstverständlich einfach vorausgesetzt: Je mehr Stadtstaaten es gibt, desto mehr Außenbeziehungen gibt es dann.

Eine theoretische Grundlegung von Außenpolitik findet sich erstmals in den Überlegungen des Inders *Kautilya*. Diesem ging es im wesentlichen um die Erhaltung des Staates, auch durch die Bestimmung seines Verhältnisses zu anderen Staaten, was nichts anderes als den Kern dessen darstellt, was als „Außenpolitik“ bezeichnet werden kann. Die außenpolitische Allianz im Rahmen eines internationalen Systems steht dabei im Zentrum der Betrachtung. Das Werk von *Kautilya*, das in der deutschen Übersetzung von *Johann Jakob Meyer* von 1926 (bei Abzug von Einleitung und Anmerkungsapparat) etwa 600 Seiten aufweist und in einer jüngsten Neuübersetzung ins Englische von 2013 die Seiten 63 bis 438 umfaßt, kann hier nicht dargestellt werden - es setzt sich umfassend mit allen Staatsfunktionen aus der Perspektive eines antiken indischen Königs auseinander - , zumal sich nur, aber immerhin, etwa ein Viertel des Werkes, vor allem die Bücher I, VI bis IX, XII und XIII mit der Außenpolitik befassen. Diese Teile bleiben allerdings als „ein vollendetes Muster der Außenpolitik“ für theoretische Überlegungen im Bereich der internationalen Beziehungen bis heute von analytischem Interesse (so *Kühnhardt* und auch *Kammler*, s. Literaturverzeichnis am Ende des vorliegenden Textes) und sollen hier als Ausgangspunkt für Verständnis von **Wesen und Grundsätze der Außenpolitik** genommen werden.

Die indische Überlieferung hält *Chanakya Kautilya*, der wohl wie viele Chefminister des antiken Indien der Brahmanenkaste entstammte, für den führenden Minister des *Tschandragupta Maurya*, des Gründers der Maurya-Dynastie (320 bis 185 v. Chr.), die in der dritten Generation den berühmten Großkönig *Ashoka* (304 bis 232 v. Chr.) hervorbringen sollte. *Kautilya's* Werk ist mit **Arthashastra** betitelt, was am angemessensten mit „Lehrbuch der politischen Ökonomie“ (wörtlicher: Wissenschaft vom eigennütigen Handeln) übersetzt werden kann. Der dabei vorgenommene Ansatz, Wirtschaft und Politik demselben Bereich zuzuordnen, der im übrigen eine weitgehende Säkularisierung des politischen Denkens im Indien des 3. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung dokumentiert

s. dazu den einschlägigen Aufsatz des Verfassers, Der ewige Machtkampf - Geopolitik und die Lehren des Kautilya, in: *Criticòn* 1992, Nr. 133, S. 225 ff.

wie an der Aussage von *Kautilya* selbst belegt werden kann: „Mit diesem - der Politik - hat unser Denken und Sorgen zu tun, mit dem Göttlichen hat es nichts zu tun“, vermittelt bereits eine wesentliche Erkenntnis: Es geht in beiden Bereichen, der Wirtschaft und der Politik, um die Bewältigung von Knappheiten, denen der Mensch aufgrund seiner Knappheit an Zeit unterworfen ist, die letztlich aus seiner Sterblichkeit resultiert - eine Tatsache, die auch kein Universalismus beseitigen kann! Solange es diese Knappheit, also sterbliche Menschen gibt, wird es Wirtschaft und dementsprechend auch Politik geben; schließlich kann nicht jedermann gleichzeitig Machthaber eines bestimmten Gebietes sein. Da jedoch viele Interessierte um Positionen und Besitz ringen, ergibt sich Feindschaft, die die Essenz des Politischen und dabei eine menschliche Notwendigkeit darstellt. Feind, Freund und Neutraler, die sich daraus wie von selbst als Kategorien ergeben, sind dabei keine moralischen Begriffe, sondern beschreiben lediglich Realitäten des Lebens.

Der Kampf um die Knappheiten erfordert jedoch zur Überwindung der „Herrschaft der Fische“ (in Europa: „Gesetz des Dschungels“), wo die Großen die Kleinen auffressen, den Staat (*Kautilya*). Die altindische Lehre ist dabei mit *rajya* - Königsherrschaft (bei Abgrenzung von *sangha* ~ Republik, Stammesföderation) zu einer Definition vorgedrungen, die in Europa erst zu Beginn der Neuzeit auf den Begriff „Staat“ gebracht worden ist, der auch in Europa - trotz der Existenz von Republiken (Venedig, freie deutsche Reichsstädte, Schweizer Eidgenossenschaft) oder Wahlmonarchien (Kirchenstaat, Heiliges Römisches Reich und dessen Fürstbistoftümer, Polen) - aus der absoluten Monarchie hervorgegangen ist,

so zu Recht: *W. Reinhard*, Frühmoderner Staat und deutsches Monstrum, Die Entstehung des modernen Staates und das Alte Reich, *Zeitschrift für historische Forschung*, 2002, S. 339 ff.; s. außerdem: *Hans-Dietrich Sander*, Das Gastmahl des Leviathan, hg. von *Heiko Luge*, August 2021

einer Herrschaftsform, die in ihrer aufgeklärten Variante der altindischen Monarchie gleicht.

daß der mächtige indische König dabei ähnlichen Restriktionen unterworfen war wie der (angeblich) absolute Monarch der europäischen Frühmoderne trotz des absolutistischen Anspruchs, s. etwa *M.B. Voyce*, The King's Enforcement of the Vinaya Pitaka, in: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, 1985, 38 ff.

Der Staat besteht danach aus sieben Elementen (*angas*), nämlich Herrscher, Ministern, dem bewohnten Gebiet, Hauptstadt, Staatsschatz, Armee und Verbündeten. Letztlich steht diese Staatsdefinition nicht im Widerspruch zur modernen Drei-Elementen-Lehre des Völkerrechts zur Bestimmung des souveränen Staates, wonach Staat mit Staatsgebiet, Staatsvolk und (unabhängige) Staatsgewalt bestimmt wird. Die weiteren Elemente des *Kautilya* erlauben nämlich, das auslegungsbedürftige Element „unabhängige Staatsgewalt“ zu konkretisieren: Die Staatsgewalt besteht wohl nicht mehr als unabhängige, wenn kein Zentrum als Kompetenz-Kompetenz innerhalb des Gebietes mehr definiert werden kann und dieses Gebiet keine Verfügungsgewalt über finanzielle Einnahmen (Staatsschatz) und die Vollstreckungsmacht (Armee) hat. Die Unabhängigkeit der Staatsgewalt wird durch die Bündnisfähigkeit unterstrichen; denn nur dann besteht im Außenverhältnis ein Verhältnis unter Gleichen, was Bedingung der Souveränität und damit der Befähigung zur Außenpolitik ist, da ansonsten ein abhängiges Gebiet vorliegt und damit keine Staatsgewalt, die als „unabhängig“ definiert werden kann.

Zwar scheint bei *Kautilya* der Begriff „Volk“ zu fehlen, sofern man dies nicht vom „bewohnten Gebiet“ mit erfaßt sieht, was der europäischen Konstruktion vor Aufkommen des

(demokratischen) Selbstbestimmungsrechts als Rechtsprinzip entspräche: Volk als Bestandteil des Bodens: daher noch feudalistisches *ius soli* zur Bestimmung von Untertanen, anstelle des demokratischen *ius sanguinis* zur Bestimmung von Bürgern. Jedoch hat die Hervorhebung von Ministern neben dem König als Verkörperung der Staatsgewalt auch den Aspekt der Repräsentation des Volks oder wenigstens des Landes, da die Minister im Zweifelsfall in den Herrschaftsgebieten des antiken Indien bis in die islamische Neuzeit gehend aufgrund des Fehlens der Primogenitur als automatischen Nachfolgeprinzips die eigentlichen „Königsmacher“ waren und in Staatsverträgen oft neben dem König aufgeführt sind

s. etwa den Vertrag zwischen Holland und dem singhalesischen Königreich Kandy (auf Ceylon) von 1766, in dem neben dem „powerful emperor of Lanka“ als Vertragspartner genannt sind: „the leading very honourable Members of the Chief Council of Ministers of the Kandyan Court“, in: *L.S. Dewaraja, The Kandyan Kingdom, 1972, S. 160 ff.*

Aufgabe des Königs ist, für die Wohlfahrt des Landes zu sorgen, da sonst „das richtige Verhalten von Gläubigern und Schuldnern“ dahinfällt (*Kautilya*), d.h. es geht wesentlich um den wirtschaftlichen Erfolg, welcher eine staatliche Rechtsordnung voraussetzt.

Der Staatenkreis

Entscheidend ist, daß der Staat im Kern als geographische Größe beschrieben ist, was nunmehr als Gebietskörperschaft bezeichnet wird. Von daher bestimmt sich die grundsätzliche außenpolitische Situation, die zur berühmten Lehre des Staatenkreises, *mandala*, führt: Dabei handelt es sich um eine Art politischer Geometrie, die die Wahrscheinlichkeiten des Freund-Feind-Verhältnisses beschreibt. Bei dieser Geometrie stellt sich naturgemäß der geographische Faktor als entscheidend heraus, wenngleich wohl nicht wirklich von einer „geopolitischen“ Theorie der Außenpolitik gesprochen werden kann, weil es sich, anders als bei den üblichen geopolitischen Theorien, um einen abstrakten und politisch änderbaren Raum handelt. Der Staatenkreis wird dabei aus der Sicht eines Staates mit expansionistischen Idealen, dem möglichen Erobererstaat (ambitionierten Staat) - *vijigishu* - beschrieben. Dabei wird allerdings angenommen, daß der Staat als solcher, seiner Natur nach auf Eroberung angelegt ist und diesen Versuch machen wird, wenn ihm dies seine Kräfte erlauben, die als dreifache Macht - *trishakti* - definiert sind (dazu nachfolgend). Aus diesem Ansatz ergibt sich naturgemäß, daß mit dem jeweiligen Nachbarstaat die größte Wahrscheinlichkeit eines Interessenkonflikts besteht. Diese Theorie ist durchaus auch in Europa vertreten worden, insbesondere kann man den von den US-amerikanischen Gründungsvätern zitierten *Abbé de Mably* mit seinen *Principes des Négociations* im Bereich Außenpolitik als europäisches Gegenstück zur Lehre von *Kautilya* anführen.

s. dazu vor allem *Hans Kammler*

Dieser unmittelbare Nachbar ist deshalb Feindstaat: *ari*. Dementsprechend ist der Nachbar des Nachbarn ein Freund - *mitra* - des *vijigishu*. Der Nachbar des potentiellen Verbündeten ist ein potentieller Verbündeter des Feindes, nämlich ein *ari-mitra*. Daneben gibt es Staaten, die beiden Seiten benachbart sind und daher als Neutrale - *udasine* - eingestuft werden oder wegen ihrer geringen geographischen Ausbreitung dem außenpolitischen Machtkampf fernstehen. Diese Interessenkonstellation setzt sich „hinter“ dem *vijigishu*-Staat fort, erhalten aber dabei eine andere Bezeichnung, nämlich *parshnigraha* („welcher von hinten angreift“), *akranda* („der einem bei einem Angriff beisteht“) und *madhyama* („welcher dazwischensteht“). Der

jeweilige Verbündete des Feindes oder Freundes wird als *-sara* gekennzeichnet. Schematisch ergibt dies die 12er-Konstellation entsprechend der Anlage 1.

s. am Ende des vorliegenden Textes

Auf diesem Schachbrett - das Schachspiel entstammt demselben kulturellen Hintergrund wie dieser außenpolitische Denkansatz - findet Außenpolitik statt. Und es ist bemerkenswert, daß das Schachspiel die außenpolitische Politikkonzeption des erfolgreichsten deutschen Politikers der Neuzeit, der insbesondere als Außenpolitiker glänzte, nämlich von *Otto v. Bismarck*, am besten beschreibt.

s. dazu zuletzt: *Christopher Clark, Von Zeit und Macht, Herrschaft und Geschichte vom Großen Kurfürsten bis zu den Nationalsozialisten, 2018, S. 133 ff., insbes. 137 ff.*

Das sechsfache Verfahren

Bei diesem Staatenkreis wird sicherlich die Überlegung einer militärisch vorteilhaften Konstellation deutlich, die letztlich auf eine Einkreisung abzielt.

so wie bis vor kurzem etwa zur Einkreisung des Iran, neben amerikanischer Truppenpräsenz in Afghanistan, die Besetzung des Irak erforderlich ist

Diese Betrachtung sollte nicht als „Militarismus“ angesehen werden, weil nicht zu verkennen ist, daß Außenpolitik eine militärische Komponente behalten wird, selbst wenn es keine Kriege mehr geben sollte, weil dabei schon die technisch-organisatorische Fähigkeit und damit das Potential, gegebenenfalls „Pflugscharen zu Schwertern“ umzuschmieden, Macht zum Ausdruck bringt (so wie im Innenbereich auch eines demokratischen Staates hinter der so friedlich konzipierten Rechtsordnung die Polizeigewalt und hilfsweise das Militär steht). Deshalb ist auch auf der Grundlage der modernen Drei-Elementen-Lehre zur Bestimmung eines Staates nachvollziehbar, daß der natürliche Interessenkonflikt mit dem unmittelbaren Nachbarstaat zu erwarten ist: Nach dieser Lehre ist das Staatsgebiet wesentlicher Faktor und eine Vergrößerung desselben geht ersichtlich auf Kosten des unmittelbaren Nachbarn. Auch eine Verminderung des entscheidenden Elements der selbständigen Staatsgewalt dürfte in erster Linie gegenüber dem unmittelbaren Nachbarn praktiziert werden, wobei es hier darum geht, diesem den Willen aufzuzwingen, was nicht unbedingt zum formaljuristischen Verlust der (unabhängigen) Staatsqualität führen muß; eher geht es darum, wie im Regelfall im antiken Indien, den Nachbarstaat - bei formaler Aufrechterhaltung seiner staatlichen Einrichtungen - in einen Satelliten- oder Klientelstaat zu verwandeln oder sei es nur, ihn zu finanziellen Beiträgen zu veranlassen (etwa: europäische Währungsunion?), die nicht unbedingt im Interesse des die gemeinsamen Unternehmungen finanzierenden (Klientel-) Staates stehen.

Genau auf diese Interessenlage ist es abgestellt, wenn *Kautilya* bei ausdrücklicher Bezugnahme auf eine entsprechende Ansicht die - in Europa von 1648 bis „Versailles“ gültige - Lehre ablehnt (für die aber der Gesichtspunkt der Rechtssicherheit spricht), daß das Verhältnis der Staaten auf Krieg und Frieden reduziert werden könne (*finis belli pax; finis pacis bellum; inter bellum et pacem non est medium*); vielmehr gelte stattdessen das **sechsfache Verfahren**: Friede, Krieg, Neutralität, Marschbereitschaft, Bündnis oder zweideutiges Verhalten. Unter „Marschbereitschaft“ ist das zu verstehen, was die Angelsachsen als sog. *power projection* bezeichnen, die stillschweigende Drohung mit Krieg durch Kriegssimulation, um den anderen Staat ohne Krieg und damit bei Aufrechterhaltung pazifistischer Propaganda ökonomisch

sinnvoller zu einem Verhalten zu bringen, welches dem nahe kommt, was mit mehr oder weniger hohem Risiko durch Krieg zu erzwingen wäre (vergleichbar: europäische Währungsunion als „Versailler Vertrag ohne Krieg“).

Unter „zweideutigem Verhalten“ ist ein Verhalten zu verstehen, das formal den Frieden achtet, dabei aber heimlich Mittel einsetzt, die eigentlich mehr dem Bereich des Kriegs zuzuordnen sind. Gemeint ist damit insbesondere die Anwendung geheimdienstlicher Methoden, die im Werk des *Kautilya* einen entscheidenden Platz einnehmen. Der Einsatz der Agenten ist auf die Bestechung ausländischer Minister, Beeinflussung des gegnerischen Herrschers durch verkleidete Mönche, die sich als Experten anbieten, Währungsmanipulation, Beeinflussung insbesondere der Hauptstadtbewohner

zum Vergleich: „US-Militär will in Partnerstaaten Medien infiltrieren. Pentagon erwägt in Deutschland Propagandaaktionen“, in: *Financial Times* vom 17. 12. 2002, S. 11 oder auch Infiltration als feindlich angesehener Parteien: Die Deutschen als Zielgruppe: Einflußnahme, Steuerung oder was? Das Einwirken westlicher Nachrichtendienste auf die Bundesrepublik

<https://links-enttarnt.de/die-deutschen-als-zielgruppe>

durch Erzeugung bestimmter Vorfälle (vergleichsweise: „rechtsextreme“ Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Gräbern im bewältigungsmanipulierbaren Bundesgebiet), wie Provokationsstrategien zum Test der Loyalität der feindlichen Bevölkerung gegenüber ihrem Staat gerichtet.

Die dreifache Macht ...

Bei Anwendung des sechsfachen Verfahrens stehen dem jeweiligen Staat die Faktoren der dreifachen Macht (*trishakti*) zur Verfügung, nämlich die ideologische Macht (*mantra*), die finanzielle Macht (*prabhu*) und natürlich die Militärmacht (*utsaha*). In der altindischen Literatur ist umstritten, welche Art der Machtausübung die erfolgreichste wäre. Letztlich hängt dies von der Größe des Staates und seiner Ressourcen ab. Ein kleiner Staat wird eher nach Frieden streben und dabei die menschliche Friedenssehnsucht und Gerechtigkeitsvorstellungen im Schutzsystem eines mächtigen Verbündeten bemühen, diesem Staat Schutzgelder bezahlen und um Zustimmung zur Ernennung von Führungspersonal (modern: etwa Aufrechterhaltung einer bestimmten Parteienkonstellation) bitten. Ein wirtschaftlich starker Großstaat wird primär seine finanziellen und darauf aufbauenden diplomatischen und geheimdienstlichen Mittel einsetzen und der wirtschaftlich schwächere Großstaat wird eher zum Militäreinsatz greifen müssen.

Diese Optionen können ohne moralische Vorverurteilung analysiert werden, wie überhaupt die Inder, denen generell ein religiös determiniertes Denken zugeschrieben wird, den funktionalen Charakter des moralischen Arguments erkannt und diesen teilweise als legitim angesehen haben: „Der Schwache herrscht über den Starken durch das Dharma - die Rechtsidee - als König“. Ansonsten wurde aber der instrumentale Charakter vorschnellen Moralisierens gnadenlos aufgedeckt: „Sanft und freundlich sind die Menschen gewöhnlich aus Schwäche; der Kraftlose zeigt sich gewöhnlich gütig; wer kein Geld hat, huldigt der Keuschheit; wer krank daniederliegt, hält zu den Göttern; ein altes Weib bricht seinem Gatten die Treue nicht“. Auch wird der tiefere Wert des Moralisierens bestritten: „Die Schlechten wollen, daß die anderen gut seien“

ähnlich *Clausewitz*, wonach der Eroberer immer für Friede sei, weil er mit geringem Risiko das andere Land erobern will; eine Aussage, die einem *Lenin* bei der Lektüre von *Clausewitz* besonders auffallen sollte!

Deshalb die Schlußfolgerung, seine eigenen Machtmittel vernünftig einzusetzen: Handeln nämlich alle Staaten ihren Möglichkeiten entsprechend, wird sich so etwas wie eine allerdings labile, da den sich ändernden Zeitumständen ausgesetzte *balance of power* einstellen, was ja vielleicht als „Frieden“ begriffen werden kann.

... und die Frage des Weltstaates

Nun haben bereits in der indischen Antike die frömmen Kreise, die insbesondere aus dem buddhistischen Bereich gekommen sind, Anstoß an den Aussagen des *Kautilya* genommen und sich an der (so erscheinenden) Amoralität seiner Empfehlungen, etwa des Gebrauchs von Religion zur Einschüchterung des Feindes und des Einsatzes von Mönchen und Heiligen als Spione und gedungene Mörder

zum Vergleich: „Bush erlaubt CIA Mordanschläge gegen führende Terroristen“, *Financial Times* vom 16.12.2002, S. 13

gestört. In der Tat spricht die Grundidee des Rechtsstaates *prima facie* für einen Weltstaat: Das internationale System souveräner Staaten ist nämlich so organisiert wie eine Zivilrechtsordnung, in der es keine Gerichte und Vollstreckungsbehörden gäbe: Es ist ein System des Selbsthilferechts seiner Akteure, dessen wesentlicher Ausdruck das Rechtsinstitut Krieg darstellt. Der Weltstaat würde dementsprechend die hierarchische (wörtlich: „(herrschafts-)heilige“) Struktur herstellen oder zumindest nachahmen, die innerstaatlich zur Verwirklichung des Rechtsstaates erforderlich gehalten wird und könnte auf diese Weise den Krieg oder seine Surrogate abschaffen wie Einsatz von Spionen und der Halbwelt.

So hat die alliierte Militärverwaltung die Mafia in Italien wieder eine maßgebliche Bedeutung verschafft; s. dazu: *Peter Müller*, Die Mafia in der Politik, S. 62 ff., die dann in der Folgezeit dem US-Interesse im Kalten Krieg entsprechend antikommunistisch eingesetzt werden konnte

Allerdings führt die Propagierung des Weltstaates zu dem Dilemma, vor dem die Kritiker des Staatenkreises schon in der indischen Antike gestanden sind: Zur Propagierung des Weltstaates und seiner Verwirklichung müssen sie die **ideologische Macht** (etwa: „Werteordnung“) betonen und setzen gerade deshalb die Mechanismen des Staatenkreises erst richtig in Bewegung. Bekanntlich werden häufig aus Pazifisten (etwa die sog. „Grünen“) die wirklichen Bellizisten, da sie ja mit der festen Überzeugung Krieg führen, damit den Frieden zu verwirklichen, und zwar natürlich endgültig!

In der Tat existiert nämlich der Staat nach der Auffassung der frömmen Kreise, der *Kautilya* nicht widersprochen zu haben scheint, um den für den Menschen bedrohlichen Naturzustand zu überwinden und Leben und Eigentum zu schützen - und insbesondere der Schuldner-Gläubiger-Beziehung mit 240%-Zinsen (!) bei Überseehandel Wirksamkeit zu verschaffen. Die kosmischen Kräfte, die auch den Menschen hervorgebracht haben, wirken sich für diesen zerstörerisch aus, wenn er ihnen nicht mit der Rechtsidee (*dharma*) seinen Bereich der Zivilisation abringt. Der Einbruch des Naturzustandes über die negativen Veranlagungen des Menschen, die er mit dem Naturprozeß teilt, ist theoretisch nur dann abgewendet, wenn sich

die Rechtsidee als Reichsvorstellung bis an die Grenzen der Welt ausdehnt. Aus der Funktion des Staates, den Naturkräften das Reich des *dharmā* (etwa: Werteordnung) abzurufen, folgt seine universalistische und imperialistische Funktion: Die Welteroberung (*sarvabhauma*) wird zur königlichen Aufgabe, der König soll Weltherrscher (*Cakravartin*) werden - in Europa sollte man dies „Kaiser“ nennen - unter dem dann die Außenpolitik abgeschafft ist: Da es hierbei letztlich aber um Weltüberwindung geht, also um die wesentliche religiöse Bestimmung des Menschen, ähnelt dabei der Weltherrscher dem großen Welt-Entsager

s. dazu: *S. J. Tambiah, World Conqueror & World Renouncer. A Study of Buddhism and Polity in Thailand against a Historical Background*; mit Darlegung der buddhistischen Kritik an den Lehren des *Kautilya*

Weltherrschaft ist daher letztlich nur religiös zu begründen, wie ja auch die „Menschheit“ der Weltinnenpolitiker neben einer biologischen Tatsache vor allem einen theologischen Begriff darstellt.

Entscheidend ist aber: Der eigentlich friedliebende und einem höheren Auftrag sich verpflichtende Staat, der die Friedlichkeit des Innenverhältnisses auf das Außenverhältnis übertragen (entsprechend der neueren amerikanischen „Theorie vom demokratischen Frieden“) und damit der Außenpolitik abschaffen will, wird dabei notwendigerweise zum *vijigishu par excellence* und bleibt dabei doch verurteilt, den Staatenkreis bei Beachtung der aus der Ökonomie der Machtausübung (die mit erheblichen Kosten verbunden sein kann) folgenden Lehren in Bewegung zu setzen. Die Theorie des demokratischen Friedens, welche aus amerikanischer Sicht die postklassische Völkerrechtsentwicklung trägt, rechtfertigt dann Kriege zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten, weil dies dann - in der Zukunft - Frieden verspricht. Da dieser Prozeß jedoch nicht ohne menschliche Schuld ablaufen kann (und Außenpolitik wird im Zweifel brutaler angewandt als Innenpolitik), wird das Rad der Existenz nicht angehalten - dies bedeutet letztlich *Cakravartin* - sondern die Zeit, die Allesverschlingerin läuft weiter: Dabei wird das Übermorgen vielleicht weniger dem Heute, sondern eher dem Vorgestern ähneln, mag dies auch durch die Verkleidung der Machtformeln nicht auf Anhieb erkennbar sein

so werden sich die demokratisierenden Weltinnenpolitiker selbst nicht als Nachfolger königlicher Imperialisten begreifen, wenn sie etwa *good governance* als vor allem an Afrika gerichtetes völkerrechtliches Prinzip postulieren; s. etwa: *Michael Fuchs*, Für ein völkerrechtliches Verbot von „bad governance“, in: *DÖV* 2018, S. 16 ff. - und in der Tat ist man ja versucht daran zu denken, Regierungen, die erhebliche Kosten durch Begünstigung von Wanderbewegungen auf andere Staaten abwälzen, durch internationalen Eingriff durch befähigte Regierungen zu ersetzen – ideologisch wäre es dabei sicherlich besser, wenn es sich dabei um nicht-demokratische Regierungen handeln würde, die man dann natürlich im Interesse der Demokratie beseitigt; aber der Demokratie-Begriff ist weit genug, zumindest demokratisch gewählte Regierungen den demokratischen Charakter abzusprechen wie nicht zuletzt die Konzeption der „wehrhaften Demokratie“ belegt, die im Wege des letztlich ideologischen Parteiverbots freigewählte Parlamentssitze aberkennt

und es ist in der Tat bemerkenswert, daß man seit offizieller Abschaffung des Krieges im Zeitalter der Demokratie, in dem wir uns befinden, die außenpolitischen Entwicklungen am ehesten zu begreifen scheint, wenn man auf ganz frühe, vordemokratische Autoren zurückgreift.

s. etwa zum Einsatz von Geheimdiensten:

<https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-teil-21>

So dürfte der Theoretiker des Krieges zwischen Demokratien - dessen Möglichkeit die amerikanische Politologie mit ihrer Theorie des demokratischen Friedens sogar bestreitet -

s. dazu propädeutisch: <https://links-enttarnt.de/partieverbotskritik-teil-13>

dies wird in der vorliegenden Serie noch vertieft ausgeführt werden

nicht *Clausewitz* sein, da in der Tat eine offene Feldschlacht in diesem Verhältnis, aber - letztlich aus Gründen der fortgeschrittenen Technik und ihrer unberechenbaren Zerstörungswirkung - auch unabhängig davon, eher unwahrscheinlich ist, sondern es ist der Chinese *Sunzi*, der nach dem Motto: „Die Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mittel“ den Krieg möglichst unblutig führen, also insbesondere durch den Einsatz des Geheimdienstes zur politischen Manipulation ohne offene Feldschlacht gewinnen will.

s. zuletzt die von *Harro von Senger* übersetzte und kommentierte Reclam-Ausgabe von 2011: *Meister Suns Kriegskanon*; das entscheidende 13. Schlußkapitel findet sich auf S. 68 ff.: *Der Gebrauch von Spionen*

Und man wird eben die Überlegungen von *Kautilya* nachvollziehen müssen, bei dem Krieg neben fünf anderen Verfahren nur eine Beschreibung des Verhältnisses zwischen Staaten darstellt, wobei sich außerhalb des Krieges bei feindlichen und anscheinend freundlichen Beziehungen ebenfalls das Mittel des Geheimdienstes als das maßgebliche darstellt

zum Vergleich: *James Bamford*, *NSA. Die Anatomie des mächtigsten Geheimdienstes der Welt*

Die alten Inder würden sich bestätigt sehen: Solange es eben Knappheit gibt, der Mensch also sterblich ist, wird es Politik nach den beschriebenen Faktoren geben. Daher bleibt die Beschreibung des Weltherrschers - *Ekachchharta*: die ganze Welt unter einem weißen Schirm des Friedens - als denkbare Ende der Außenpolitik ziemlich mythologisch und letztlich illusionär, damit auch klar wird, daß auch die Weltregierung, sollte sie denn kommen und damit Außenpolitik tatsächlich einmal aufhören, nur ein vorübergehender Zustand ist; denn kommt die Weltregierung wird man sich danach sehnen, unabhängig zu werden, um in aller (Volks-)Souveränität wieder Außenpolitik machen zu dürfen. Der Grund dürfte wohl aus dem ökonomischen Kalkül resultieren: die Weltregierung würde sich als zu teuer darstellen und insbesondere würden sich Fehlentscheidungen potenzieren, weshalb auch ein Wirtschaftssystem mit einer Vielzahl von Rechtssubjekten bei individuellem Insolvenzrisiko erheblich erfolgreicher ist als ein Wirtschaftssystem mit im Prinzip nur *einem* Unternehmen, bei dem sich dann der Zahlungsunfähigkeit auf die Gesamtwirtschaft erstreckt (vgl. Untergang des Sowjet-Kommunismus, den es ansonsten nicht hätte geben müssen). Da die Existenz öffentlicher Güter (wie Rechtssicherheit), deren Produktion dem Staat zugeordnet ist, doch notwendigerweise die Existenz politischer Macht zur Voraussetzung hat, gebietet das ökonomische Kalkül, diese öffentlichen Güter im Wettbewerb herzustellen, was den Staatenpluralismus voraussetzt.

Wesen und Geschichte des National-Staates als Grundlage wirtschaftlichen Fortschritts und der Demokratie und seine Bedrohung durch „Europa“

<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-1>

Für die Neuzeit gilt: Die US-Ideologen, die den Weltstaat anstreben,

s. Das großamerikanische Reich. Bush Doktrin oder Der 11. September war kein Wendepunkt, in: *FAZ* vom 14. 09. 2002, S. 31

können ihn zumindest auf der Basis *one-man-one-vote*, was ihn legitimieren soll, nicht durchsetzen, weil der Agens des demokratisierenden Weltstaates, die USA, als zumindest virtueller *vijigishu* sonst zur Umverteilungsmasse werden würden, die entsprechend überstimmt wird. Daher wird der Weltstaat keine Nachahmung des Nationalstaates und all des Guten darstellen, das man trotz der Absicht seiner Überwindung paradoxer Weise für den Weltstaat übernehmen will, sondern er würde auf Hegemonie und dem *divide et impera*-Prinzip, entsprechend dem (vorübergehenden) End-Zustand des Staatenkreises nach *Kautilya*,

s. dazu Anlage 2

beruhen und könnte damit nicht das an öffentlichen Gütern anbieten, das der moderne Nationalstaat garantiert

so schon überzeugend: *Panajotis Kondylis*, Der Traum vom Weltstaat. Zerbrechliche Stabilität: Weshalb ökonomische Globalisierung die Politik nicht überflüssig macht, in: *FAZ* vom 25. 01. 1997

Im übrigen geht die Annahme eines dauerhaften Endes der Außenpolitik und damit der Geschichte nach vollzogener Welteroberung - die man sich fälschlich als friedlich vorstellt, weil das Ziel und der Endzustand Frieden bedeuten soll - wohl auf den persischen Dualismus zurück wie er im Manichäismus seine klarste Formulierung erfahren und der dabei den indo-iranischen Auffassungen eine spezifische Richtung gegeben hat. Die Rezeption dieser Lehre in Folge der Eroberungspolitik *Alexander des Großen* hat ihren Ausdruck in der europäischen Fortschrittspolitik gefunden: Diese läuft auf eine Bevorzugung einer bipolaren Weltsicht hinaus, welche sich dadurch selbst perpetuiert, indem sie immer einen neuen Weltfeind kreiert, den es zu vernichten gilt, wonach dann angeblich Friede ausbricht, wenn sich nicht ein neuer Feind findet; der sich selbstverständlich einstellen wird (schon weil etwa die NATO aufrechterhalten werden soll). Demgegenüber ist die Konzeption des Staatenkreises zwar komplizierter, aber letztlich humaner, da es keinen absoluten Feind gibt, sondern potentiell jeder Staat vorübergehend Freund oder Feind ist, wobei dem - für Ideologen - banalen geographischen Faktor eine maßgebliche Bedeutung zukommt (der aber auch nicht dogmatisiert werden sollte). Der für die bipolare Weltsicht entscheidende ideologische Faktor wird dabei erheblich reduziert, was aber auch bedeutet, daß die Identität des Staatssubjekts - bis zu seiner Auflösung - ungeachtet seiner Verfassung erhalten bleibt.

Dies festzustellen ist in der Bundesrepublik Deutschland, wo infolge der Rezeption dieser Abart des amerikanischen Manichäismus als „Verfassungsschutz“ (mit seinen „Verfassungsfeinden“) die „Verfassung“ alle Fragen auch der Weltgeschichte beantwortet, nicht ohne Risiko: „Auf die Unpäßlichkeit einer solchen Begriffsverwendung („Geopolitik“, *Anm.*) mit dem Politikverständnis einer freiheitlichen-parlamentarischen Demokratie, verstärkt durch die Verantwortung Deutschlands seiner Geschichte gegenüber, haben verschiedene Wissenschaftlicher erst jüngst hingewiesen.“

Klaus Boeseler, Die Raumbezüge politischen Handelns. Ansätze einer Neubelebung der Politischen Geographie in der Bundesrepublik Deutschland, zitiert bei: *Heinz Brill*, Geopolitik heute, Deutschlands Chance, 1994, S. 184 f.

Dies ist zwar zur sog. Geopolitik ausgeführt, als welche sich die Theorie des *Kautilya* nicht wirklich darstellt, würde aber ideologiepolitisch auch gegen dessen im Ausgangspunkt doch geographischen Ansatz vorgebracht werden, weil das „Grundgesetz als Weltenei“ (*Forsthoff*) bekanntlich für alles eine moralische Antwort („Werteordnung“) bereithält und dies trotz Meinungsfreiheit und damit wissenschaftlichen Methodenpluralismus!

Daß sich hier notwendigerweise ein Widerspruch ergibt, s.

<https://links-enttarnt.de/bedrohung-der-wissenschaftsfreiheit-durch-verfassungsschutz>

Die Relevanz der Lehre vom Staatenkreis in der Moderne

Sicherlich muß man sich auch die aus der „Werteordnung“ (in der Regel ziemlich vorschnell zivilreligiös) abgeleiteten möglichen Einwendungen auseinandersetzen: Besagen demnach die Lehren des *Kautilya* etwas für die heutige demokratische Zeit? Sicherlich wird man dem durchaus auch in Europa etabliert (gewesenen) Verständnis, wonach der Nachbar der natürliche Feind ist, auch eine *self-fulfilling prophecy* zuschreiben können: Man unterstellt dem Nachbarn feindselige Gefühle und eine entsprechende Politik, die sich dann aufgrund dieser Unterstellung tatsächlich ergeben dürfte. Um diese Feindschaft zu beseitigen, wird man dann die Nachbarn als Nachbarn beseitigen wollen, d.h. die benachbarte Gebietskörperschaft inkorporieren (annektieren), in mehrere Gebiete auflösen (also etwa Separatismus fördern) oder in ein Klientelverhältnis bringen.

Letztlich soll in der Tat die neue Phase der Völkerrechtsentwicklung mit einem „Gewaltmonopol der UNO“ (gemeint: der privilegierten UN-Vetomächte, sofern sie sich einigen) die Dynamik des Staatenkreises brechen, was dann mit der Ausrufung des „demokratischen Friedens“ abgesichert wird, wonach ein Krieg zwischen (benachbarten) Demokratien unwahrscheinlich oder gar ausgeschlossen ist. Hierzu ist zu bemerken, daß das „Gewaltmonopol“ der UNO lediglich auf das Präventivkriegsprivileg gewisser privilegierter Staaten (der Veto-Mächte des UN-Sicherheitsrats, falls sie sich einigen) hinauslaufen würde, die andere Staaten wehrlos macht und sich damit als besonders geschickte Machtpolitik darstellt. Selbst wenn anzunehmen ist, daß zwischen benachbarten Demokratien keine oder kaum eine Kriegsgefahr besteht, so hört damit ja Außenpolitik doch nicht auf und von dem sechsfachen Verfahren nach *Kautilya* bleiben dann die anderen fünf wirksam. Die europäische Integration kann in diesem Kontext sogar als Argument vorgebracht werden, daß man der „Theorie des demokratischen Friedens“ nicht traut, weil man sonst - zumindest zur Friedenssicherung - keine derartige Integration bräuchte. Darauf und insbesondere die in diesem Kontext bemerkenswerte Äußerung, wonach „Europa“ eine „Frage von Krieg und Frieden“ (*Helmut Kohl*) wäre, soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

s. dazu: Staatenpluralismus als Garantie der politischen Freiheit

<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-2> und

Die Entnationalisierung von Demokratie – Kritische Bewertung des Europa-Projekts

<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-3>

Festzuhalten ist insoweit lediglich die Erkenntnis eines maßgeblichen britischen Magazins, das bei der Darlegung der „Theorie des demokratischen Friedens“ dann doch zur Erkenntnis kommt: „*The belief that democratic states do not go to war with one another has become a commonplace of western policy. Plausible as it may have been in the past, it is a dangerous presumption with which to approach the future.*“

s. *The Economist* vom 1. April 1995, S. 19 f. The politics of peace

Diese Erkenntnis kann sich darauf abstützen, daß der starke ideologische Konflikt zwischen (letztlich) westlicher Demokratie und „östlicher“ Sowjet-„Demokratie“ den geographischen Faktor (vorübergehend) transzendiert haben mag, was auch bei *Kautilya* nicht ausgeschlossen erscheint, geht es doch beim Staatenkreis um eine grundsätzliche Wahrscheinlichkeitsabschätzung. Würde aber dieses transzendierende Element entfallen, etwa weil alle an Demokratie glauben, dann verbleibt jedoch die raumzeitliche Dimension und damit der geographische Faktor als dann doch bestimmendes Element von Knappheitsverhältnissen, die das Leben überhaupt und die Politik im besonderen bestimmen. Nur insofern könnte - im Ansatz - „Europa“ doch als Projekt der Friedenssicherung ausgegeben werden, allerdings nur dann, wenn man zumindest der Theorie des demokratischen Friedens nicht ganz traut. Allerdings würde sich dann eben ein anderer Staatenkreis ergeben, weil auch bei Europa dann noch ein Innen- und Außenverhältnis besteht und ob ein nach formal demokratischen Methoden regierter Staatenverbund eines Vielvölkerstaates wirklich friedvoller ist als ein außenpolitisches System unabhängiger, jeweils demokratisch regierter Staaten kann wohl eher verneint werden.

s. dazu: Der indische Subkontinent als EU-Menetekel - Zivilreligiöse Konfliktverschärfung als Voraussetzung demokratischer Völkerintegration
<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-5>

„Europa“ als staatliche Einheit könnte man in der Tat dann am ehesten rechtfertigen, wenn man mit einem maßgeblichen großen Außenfeind rechnet, weil geographische Größe militärisch gesehen vorteilhaft ist (wirtschaftlich gesehen ist dies mitnichten automatisch der Fall). Das Problem besteht dann nur darin, daß dann vielleicht „Europa“ mit einem neuen Staatenkreis die Feindschaft erst schafft oder auch zu seiner Existenzlegitimation schaffen muß, die es ohne Europa nicht geben würde oder zumindest nicht geben müßte.

Aus diesem Grunde wird man diese Frage der Relevanz der Theorie des Staatenkreises - auch auf die Gefahr hin, mit dem bundesdeutschen „Verfassungsschutz“ und seinem umfassenden Werteverständnis in Konflikt zu geraten - definitiv bejahen müssen. Gerade weil *Kautilya* nicht historisch-empirisch, sondern auf hohem Abstraktionsniveau anthropologisch-systematisch argumentiert (dabei wirkt sich ein zentrales Manko der indischen Geistes-tradition, nämlich ihr a-historischer Charakter, einmal positiv aus), kann das **Arthashastra** die Maßstäbe für eine Analyse oder zumindest für weitergehende Betrachtungen abgeben (so auch *Modelski*, s. Literaturverzeichnis): Und in der Tat eignet sich die Lehre vom Staatenkreis gut zur Beschreibung der Historie der europäischen Politik, mindestens seit der frühen Neuzeit. Dies trifft wohl auf für die Zeit davor zu, nur handelt es sich hierbei um politische Gebilde, die in keiner direkten Kontinuität mehr zu den heutigen Staaten stehen und deshalb schwerer zu identifizieren sind, weshalb sie hier ausgeblendet werden sollen.

So ist doch festzustellen, daß es etwa immer gute deutsch-russische Beziehungen gegeben hat, wenn Polen als unabhängiges Staatsgebilde existiert hat und dementsprechend schlechte deutsch-russische Beziehungen, sobald Polen von der Landkarte verschwunden war oder nur als russischer (sowjetischer) Satellitenstaat existiert hat und damit Rußland und Deutschland unmittelbare Nachbarn geworden sind. Dann haben sich die deutsch-russischen Beziehungen verschlechtert und es gab kriegerische Auseinandersetzungen. Im 19. Jahrhundert konnten diese nur deshalb verhindert werden, weil der maßgebliche Staat Preußen bis zur Jahrhundertmitte als Folge der Kriege gegen *Napoleon* vom Status eines russischen Klientelstaates nicht weit entfernt gewesen ist und das gemeinsame Interesse an der

Niederhaltung einer polnischen Insurrektion bestand, also gewissermaßen ein potentieller polnischer Staat als Vorstellung (bei der Völkerschlacht von Leipzig waren die Polen und Franzosen in der Tat Verbündete) einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland entgegengestanden ist, eine Auseinandersetzung, die sich die deutsche Linke gewünscht hat.

was die Bereitschaft der SPD erklärt, der kaiserlichen Regierung demokratisch Kriegskredite für den 1. Weltkrieg zu bewilligen; s. dazu: Weltkrieg als Weltrevolution – Vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus
<https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-4>

Mit der Abschüttelung der preußischen Klientelstellung durch die deutsche Reichseinigung (die auch nur deshalb ohne einen vorweggenommenen 1. Weltkrieg durchgesetzt werden konnte, weil Rußland durch den Krimkrieg (1853–1856) außenpolitisch gelähmt war) hat sich dann nach Herstellung einer russisch-französischen und einer gleichzeitigen russisch-britischen Koalition jenseits des ideologiepolitischen Zusammenhangs (was die bundesdeutsche Ideologiepolitik nur durch einseitige Betrachtungsweisen „bewältigt“) der Erste Weltkrieg im Bündnis zwischen französischem Republikanismus / britischem Parlamentarismus und russischer Despotie gegen den deutschen Rechtsstaat ergeben. Dementsprechend konnte es einen Zweiten Weltkrieg nur aufgrund einer deutsch-sowjetischen Koalition geben, der sich dann nach abermaliger Herstellung einer gemeinsamen deutsch-russischen Grenze aufgrund der gemeinsamen Besetzung Polens in einem deutsch-sowjetischen Krieg fortgesetzt hat. Die Kriegskoalition zwischen Sowjetdiktatur und liberalen Staaten des Westens und dies, obwohl die Sowjetunion sich gegenüber Polen und dem Baltikum so verhalten hat wie der Kriegsfeind Deutschland, zeigt die mangelnde Relevanz des *mantra*, sondern maßgebend war doch eher die geographisch konnotierte Kautilyanische Konstellation!

Derzeit sind die Voraussetzungen für gute deutsch-russische Beziehungen strukturell durch ein unabhängiges Polen und einen vielleicht als „neutral“ zugunsten Rußlands anzusehendes Weißrußland gegeben; daß dies *realiter* nicht der Fall ist, könnte auf eine Klientel-Stellung Deutschlands hinweisen, die zu einer verfehlten Freund-Feind-Positionierung führt - Ergebnis vor allem von „Europa“. Wenn von abhängig-deutscher Seite der Krimkonflikt als Feindgrund genannt wird, dann erstaunt dies, weil dies von einem Staat geltend gemacht wird, dem beigebracht worden ist, die Annexion eigener Gebiete durch fremde Mächte als Friedenserhaltungsmaßnahme zu akzeptieren. Glaubwürdig ist dies wohl nicht - wenn es um Prinzipien gehen soll (was als *mantra* nicht ausgeschlossen werden darf), dann sollte doch Deutschland zunächst für seine eigenen Gebiete eintreten (nördliches Ostpreußen), dann wäre auch die Konfliktstellung zu Rußland wenigstens rational.

Selbstverständlich ist die Vorstellung von einer deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ aufgrund der Konstellation des *Kautilya*'schen Staatenkreises zutreffend, seitdem sich das ursprüngliche Zwischenreich Lothringen in die neutralen Restgebiete Niederlande, Luxemburg und (später) Belgien (neben das bereits nach Frankreich inkorporierte Lothringen) aufgelöst hat und damit eine gemeinsame deutsch-französische Grenze entstanden ist. Die Franzosen haben instinktiv immer im Sinne des Staatenkreises gehandelt und etwa 1870 einen deutsch-französischen Krieg riskiert als sich aufgrund der drohenden spanischen Thronkandidatur eines Vertreters der Hohenzollern-Nebenlinie eine deutsch-spanische Koalition anzubahnen und sich dabei die außenpolitische Konstellation zur Zeit von Kaiser *Karl V.* zu wiederholen schien, der als spanischer König auch deutscher Kaiser (genauer: deutscher König mit dem Titel „Römischer Kaiser“) gewesen ist. Trotz der katholischen Konfession haben sich die Franzosen unter einem Kardinal als Regierungschef im deutschen, weitgehend als religiös verstandenen

Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts mit der protestantischen Vormacht Schweden verbündet, ein Verhalten, das den sehr ideologisch / glaubensstark ausgerichteten Deutschen weitgehend unverständlich erschien. Dies trifft erst recht für die Tatsache zu, daß die Franzosen nicht davor zurückgeschreckt sind, im Kampf gegen die damalige Habsburger Vormacht in Deutschland, das sich der türkischen Invasion zu erwehren hatte, sich eben mit dem muselmanischen Osmanischen Reich zu verbünden. Dies entsprach der Erkenntnis des bereits angeführten *Abbé Mably*, der in Kapitel IX seiner *Principes des Négociations*, Frankreich, Schweden und die Türkei als natürliche Verbündete gegen Österreich, Rußland und England ansah. Selbstverständlich und in völliger Übereinstimmung mit dem Staatenkreis des *Kautilya* haben sich die Franzosen immer mit den Polen und den Tschechen verbündet. Und dieses Bündnis ist in einem Ausmaß eine Konstante der französischen Politik, daß ein Abgehen davon erst anzunehmen ist, wenn Deutschland nicht nur wie Polen vorübergehend, sondern wie Lothringen endgültig als politische Größe von der Landkarte verschwunden sein sollte (wie dies sog. deutschfeindlichen deutschen „Antifaschisten“ mit einer gemeinsamen französisch-polnischen Friedensgrenze ja schon imaginiert haben).

Die Geographie hat den angelsächsischen See-Mächten (eine Kategorie, die *Kautilya* als solche nicht kennt), Großbritannien und nunmehr den USA, die größte Flexibilität erlaubt, da Großbritannien und nunmehr die USA

die vor allem im Kontext des 2. Weltkrieges als impliziten Kriegszweck (und durchaus motivierend für den Eintritt in den Weltkrieg) die Machtstellung von Großbritannien übernommen haben; s. dazu: *John Charmley, Der Untergang des Britischen Empires. Roosevelt - Churchill und Amerikas Weg zur Weltmacht, 2005*

gewissermaßen allen vergleichbaren Mächten benachbart sind und sich daher - sofern nicht ausnahmsweise die Position des Neutralen eingenommen wird - den jeweiligen Feind nahezu frei aussuchen konnten: Dieser war dabei immer die jeweils stärkste Macht auf dem Kontinent. Nacheinander: Spanien, Frankreich, Deutschland und schließlich Rußland in Form der Sowjetunion. Die Freunde waren dementsprechend immer die der jeweiligen Feindmacht benachbarten Staaten, also die jeweils (meist) zweitstärksten Mächte: Portugal, Preußen / Österreich (gewissermaßen Deutschland), Frankreich / Polen bzw. Rußland und danach (im kalten Krieg) Frankreich / Klientel-Deutschland. Das Verhalten Großbritanniens zu Polen ist dabei immer erheblich prosaischer als desjenigen Frankreichs zu Polen gewesen: 1919 hatten sich die Engländer eigentlich gewünscht, daß Rußland auch in Form der Sowjetunion auf Kosten Polens Deutschland benachbart bleibt: Aus welchem Grunde wohl? Als dies nicht möglich gewesen ist, nachdem bereits 1916 Deutschland und die K.K. Monarchie die Initiative zur Neugründung des polnischen Staates (wenngleich mit dem Ziel, einen Klientelstaat zu schaffen) ergriffen hatten, mußte man es - durchaus widerwillig - den Franzosen überlassen, durch die *Kleine Entente*, einem *Kautilya*'schen Bündnis aus Frankreich, Tschechoslowakei, Serbien und Rumänien potentiell deutschfreundliche Umtriebe von Ungarn und Kroaten unter Kontrolle zu halten.

Auch die Tatsache, wie schnell die Angelsachsen Polen, für das man angeblich den Zweiten Weltkrieg geführt hat, zugunsten der Sowjetunion „vergessen“ haben, damit der Militärstaat Sowjetunion faktisch an den „Aggressorstaat“ Deutschland grenzt, belegt das außenpolitisch relativ ideologiefreie Verhalten geübter Imperialmächte.

Deutsche Probleme mit einer ideologiefreien Außenpolitik

Es ist dann im wesentlichen die gegenüber Großbritannien, aber auch Frankreich sehr viel kompliziertere geographische Situation, aber auch das viel zu ideologische Verständnis von Politik und insbesondere Außenpolitik gewesen, was die Deutschen charakterisiert, welches ihnen die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten des Staatenkreises verwehrt hat: Im Ersten Weltkrieg ist Spanien nicht als Gegenmacht gegenüber Frankreich mobilisiert worden, wengleich immerhin ein schwacher (und dabei äußerst ungeschickter) konzeptioneller Versuch gestartet worden ist, Mexiko als Gegengewicht gegenüber den absehbar intervenierenden USA ins Spiel zu bringen. Durch das Bündnis mit der Habsburger Monarchie war von vornherein eine nachteilige Konstellation gegeben, weil Deutschland eigentlich durch den Niedergang der Habsburger Monarchie hätte profitieren können, weshalb gewissermaßen folgerichtig nach dem Ersten Weltkrieg trotz Verkündung des (demokratischen) Selbstbestimmungsrechts der Völker den Deutsch-Österreichern der - demokratisch gewollte - Anschluß verwehrt worden ist, weil dieser demokratische Anschluß ja Ergebnis einer anderen Bündniskonstellations hätte sein müssen.

Im Zweiten Weltkrieg hat sich vor allem die Bündniskonstellations mit dem durch den Anschluß Österreichs direkt benachbarten Italien als nachteilig herausgestellt, obwohl schon die Südtirolfrage gegen ein derartiges Bündnis hätte sprechen müssen, nachdem sich dieses im Bündnis mit der Habsburger Monarchie schon im Ersten Weltkrieg nicht bewährt hatte. Nicht zuletzt wegen Italien und seiner libyschen Kolonie war es dann nicht möglich, die Araber in einen Aufstand gegen die britische und französische Kolonialmacht zu locken, was erhebliche Kräfte der europäischen Imperialmächte vom Kontinent abgehalten hätte. Zur verständlichen Verwunderung der Angelsachsen, die jahrelang vergeblich versucht haben, eine allerdings nicht existierende geheimdienstliche Verbindung zwischen Deutschland und Japan zu entschlüsseln, hat es im Zweiten Weltkrieg kein wirkliches deutsch-japanisches Bündnis gegeben: Statt gegen die Sowjetunion zu marschieren, mit der durchaus erhebliche Interessengegensätze bestanden haben, die bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen gegangen waren und wie es dem Grundsatz des Staatenkreises erkennbar entsprochen hätte, haben sich die Japaner unnötig - bewertet auch nach ihren damaligen Eigeninteressen - in China verzettelt und konnten auf diese Weise von den USA durch strangulierende wirtschaftliche Sanktionen und fast schon als direkt zu bezeichnenden Militärhilfen an China in den Pazifischen Krieg getrieben werden.

Es soll hier nicht darum gehen, im Nachhinein Kriege zu gewinnen oder auch nur zu analysieren, wie sie vielleicht hätten gewonnen werden können und ob die entsprechenden politischen Voraussetzungen hierfür tatsächlich gegeben gewesen wären. Im Sinne des vollen Verständnisses der Lehre von *Kautilya* wäre es dann zudem geboten, zu untersuchen, ob ein mögliches Ergebnis auch ohne Krieg durch Anwendung der anderen fünf Methoden des sechsfachen Verfahrens hätte erzielt werden können. Diese Analyse, die hier nicht geleistet werden kann, wäre durchaus von Interesse, weil sich dann vielleicht auch herausstellen dürfte, daß vor allem aus Sicht gegnerischer Mächte ein bestimmtes Ergebnis nur noch durch Krieg zu verhindern gewesen ist: So hätte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine deutsche Vormacht schon fast naturwüchsig aufgrund wirtschaftlicher Erfolge wohl ohne Krieg ergeben, so daß dieses Ergebnis nur durch Krieg zu verhindern gewesen ist (was ja vielleicht doch etwas über die Kriegsursachen, d.h. die „Schuldigen“ besagen könnte).

s. dazu: *Helmut Roewer*, Unterwegs zur Weltherrschaft. Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann, 2016

Allerdings hätten sich die Deutschen wohl - im Sinne des *Kautilya* - besser der *mantra* also der zeitgenössischen Ideologie und Lebenseinstellung bedienen müssen: So hätte man es nicht den

USA überlassen dürfen, zum Zwecke der Zerstörung der verbündeten K.-K. Monarchie das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu erfinden (mit Modifikationen, die den vorübergehenden Fortbestand des Britischen Empires erlaubten), sondern hätte dies selbst tun müssen (was man aber wegen Österreich-Ungarn nicht effektiv tun konnte). Als dies dann mit immerhin bleibender Wirkung zugunsten von Finnland und den baltischen Staaten (und auch der Ukraine) im Frieden von Brest-Littowsk bewerkstelligt worden ist, war es schon zu spät, um wirklich insbesondere gegenüber dem Britischen Empire überzeugend zu sein. Allerdings hätte diese *mantra* der Mentalität der politischen Klasse des Deutschen Kaiserreichs widersprochen, so daß *Max Weber* schon Recht hatte, wenn er einen Zusammenhang zwischen der vollständigen Parlamentarisierung der Regierung des Kaiserreichs und der von ihm im Sinne des liberalen Fortschritts für notwendig befundenen pandeutschen Vormachtstellung erkannt hat: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war es Allgemeingut, daß sich ein erfolgreicher Staat - und dazu zählte sicherlich das Deutsche Kaiserreich - wie ein erfolgreiches Privatunternehmen ausdehnen würde.

s. zum Vergleich: *H.-U. Wehler*, Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus, 1974

Die dann verspätet eingetretene Parlamentarisierung Deutschlands konnte die Erwartungen von *Max Weber* auch in außenpolitischer Hinsicht nicht erfüllen. Der Nationalsozialismus, der schließlich an die Stelle des parlamentarischen Systems getreten ist, war schon deshalb - und dies von vornherein - ein außenpolitischer Fehlschlag, weil er aus ideologisch-rassistischen Gründen, aber auch aus Gründen eines spezifischen (innersozialistisch konzipierten, wengleich auch antisozialistisch propagierten) antikommunistischen Glaubensbekenntnisses meinte, die Angelsachsen als freundliche Neutrale, wenn nicht gar als mögliche Verbündete auf seiner Seite zu haben,

wobei man meinte, die NS-Rassenpolitik durch Hinweis an die US-amerikanische Rechtslage verständlich machen zu können; s. dazu: Die westliche Vorgeschichte des NS-Rassismus <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Die-westliche-Vorgeschichte-des-NS-Rassismus.pdf>

während Deutschland eher mit einer antikolonialistischen Zielsetzung gegen die westlichen Imperialmächte, aber auch gegen die Sowjetunion außenpolitisch - bei möglicher ideologischer Neutralisierung der USA - hätte Erfolg haben können. Zumal dies auch den Zielen der japanischen Kriegspolitik als panasiatischen Befreiungsschlag größere Überzeugungskraft hätte verleihen können. Der deutsche Nationalsozialismus wollte aber schon seine ideologische Ähnlichkeit mit den sich bildenden Befreiungsbewegungen der später so genannten Dritten Welt nicht begreifen, obwohl zahlreiche Vertreter dieser Bewegungen (zu denen etwa die arabische Baath-Partei gehört) im deutschen Nationalsozialismus ein Vorbild sahen,

s. dazu: Sozialismus als Faschismus - Belege bei Betrachtung außereuropäischer Phänomene <https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-10>

wobei dies sogar über eine *Kautilya'* sche Betrachtung, die aber eigentlich schon hätte genügen müssen, ideologisch hinausgegangen ist. Immerhin zeigt das Quasi-Bündnis des deutschen Nationalsozialismus mit dem konservativen, aber „andersrassistischen“ Japan, daß eine derartige Bündniskonstellation trotz der (schon bei rein außenpolitischer Betrachtung) verfehlten NS-Ideologie nicht unmöglich hätte sein müssen.

Ende des Staatenkreises durch „Europa“ und Demokratie?

Dies alles soll hier nur angedeutet sein, um als entscheidenden Punkt herauszustellen, daß sich der Staatenkreis des *Kautilya* und die ihm zugrundeliegenden Lehren der Außenpolitik für die Analyse der außenpolitischen Situation am Beispiel der jüngsten Bündnisse und Kriege Europas im Grundsatz und in der Tendenz als brauchbar, wenn nicht als zutreffend bestätigen. Die Kategorien des *Kautilya* sind zumindest wirklichkeitsnäher als die insbesondere von den Angelsachsen propagierten bipolaren und dualistischen außen-politischen Politikbeschreibungen, die aber bei realer Umsetzung dann doch den Maximen von *Kautilya* entsprechen. Die Frage ist nun, ob die Kategorien des Staateskreises auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zutreffen, wo durch das endgültige Auftreten einer Macht, die nach ihrem Eigenverständnis *novus ordo seclorum*, also eine „neue Ordnung der Zeitalter“ darstellt, möglicherweise andere Einordnungen, ja Offenbarungen gelten, nämlich Demokratie und mögliches Ende der Außenpolitik überhaupt.

s. dazu etwa *Francis Fukuyama*: Der amerikanische Konservatismus als idealistisches Erlösungsprojekt, in: *Die Welt* vom 25.01.2003

Hat diese neue Ordnung mit „Europa“ nicht zum Beispiel die deutsch-französische Freundschaft und damit die Versöhnung Jahrhunderte lang verfeindeter benachbarter Staaten / Völker bewirkt und somit die Wirkungsmechanismen, die der Lehre vom Staatenkreis zugrunde liegen, außer Kraft gesetzt?

Abgesehen davon, daß *Kautilya* Freundschaft und Feindschaft nicht allein durch die geographische Position (sondern nur als größte Wahrscheinlichkeit) bestimmt, d.h. diese Festlegung nicht dogmatisiert werden sollte, ist jedoch im Sinne seiner Lehren festzuhalten, daß die Deutschen mit ihrer Unterwerfung unter „Europa“ genau das getan haben, was *Kautilya* einem schwachen und besiegtten Staat gegenüber einem möglichen Erobererstaat bis zur Wiedererlangung seiner Stärke empfiehlt: Diese Unterwerfung unter die EG hat einen Friedensvertrag nach Art des Versailler Vertrages verhindert, den übrigens *Kautilya* als „Vermietungsfriede“ als ökonomisch unvernünftig abgelehnt hätte, weil dies zur „Übersättigung der Einkünfte“, d.h. zum wirtschaftlichen Ungleichgewicht führen würde. Wegen der Satellitennatur von Polen und der „DDR“ waren Frankreich und Rußland (Sowjetunion) die eigentlichen potentiellen Verbündeten, so daß der „halbsouveränen“ Bundesrepublik nichts anderes übrig blieb, als Klientelstaat entweder Frankreichs bzw. des „Westen“ oder eben der Sowjetunion zu werden.

Die einzige weitere Option hätte in der Neutralität bestanden: Die Tatsache, daß Deutschland hauptsächlich aus ideologischen Gründen - antikommunistisches Glaubensbekenntnis - auf diese Option von vornherein verzichtet hat (wobei das Besatzungsregime, das dann in ein NATO-Truppen-Statut umgewandelt wurde, diese Option wohl auch militärisch verhindert hätte), dürfte zum wohl endgültigen Verlust der deutschen Ostgebiete geführt haben. Eine zur Neutralität entschlossene Bundesrepublik hätte sich nämlich die Neutralität dadurch erkaufen können, indem die Sowjetunion die deutschen Ostgebiete zunächst an die DDR wieder übertragen hätte, wozu durchaus Bereitschaft bestanden haben dürfte. Das einzige, was die Bundesrepublik für den Verzicht auf die Neutralitätsoption bekommen hat, war der französische Verzicht auf die Annexion des Saarlandes, die vielleicht aufgrund der angestrebten „Europäisierung“ sogar noch hätte fehlschlagen können.

s. zu diesem Komplex: Parteiverbot als Mittel der Unterdrückung der freiheitlichen Ordnung der Deutschen – Überlegungen zum Verbot des deutschen Nationalliberalismus durch die französische Europapolitik im Saarland

Diese Konstellation zeigt wohl, daß die Machtpolitik, die an der Änderung von Grenzen besonders sichtbar wird, weil dies weniger leicht reversibel ist als die Abschüttelung einer Klientelstellung (die Laune des Sowjetdiktators *Chruschtschow*, die Krim - natürlich internationalistisch motiviert - von Rußland abtrennend an sein Sowjetheimatland Ukraine zu verschenken, wird dann plötzlich zum internationalen *mantra* erhoben), auch nach dem Zweiten Weltkrieg oder mit der neuartigen Erscheinung „Europa“ nicht aufgehört hat. Man darf sich daher durch (anscheinend) neuartige Formeln der Machtpolitik nicht täuschen lassen: Sicherlich scheint die offene Eroberungspolitik eingestellt worden zu sein, indem deren sichtbarster Ausdruck, nämlich die Annexion oder die koloniale Herrschaft, durch internationale Organisationen ersetzt worden ist, in denen bestimmte Staaten privilegiert werden und dadurch weitgehend ohne tatsächliche Besetzung (potentielle) Weltmacht ausüben: Es handelt sich bei den privilegierten Staaten, den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats bemerkenswerter Weise schwerpunktmäßig um die (damaligen) Hauptkolonialmächte!

In ähnlicher Weise, wie internationale Organisationen das Kolonialsystem abgelöst haben, stellt „Europa“ in Bezug auf Deutschland die Ablösung und damit das Surrogat des Besatzungsregimes dar: Wäre es anders, würde in „Europa“ nicht der „Staatschatz“ im Sinne des *Kautilya*, also die Währungssouveränität „vergemeinschaftet“ werden, sondern das Atomwaffenpotential und die Vetoposition der ehemaligen Imperialmächte Frankreich (und Großbritannien vor dem Brexit) als Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Außerdem würde die eigentlich überflüssige - so müßte man annehmen - NATO aufgelöst werden. Diese wird jedoch gebraucht, weil sich die Haupteinbinder Großbritannien und Frankreich allein nicht in der Lage sehen, mit sog. friedlichen Mitteln eben einen bestimmten Staat „einzubinden“. Es handelt sich selbstverständlich um Großbritannien und Frankreich, die sich als besondere Freunde eher gegen die deutsche Wiedervereinigung ausgesprochen haben und die USA haben deren Widerstand nur deshalb überwunden, weil das angeblich souverän gewordene Deutschland NATO-Mitglied bleiben mußte. Es ist daher Rußland - was im Sinne des Staatenkreises nach Aufgabe der Klientelstellung Polens konsequent ist - zu verdanken, daß die Wiedervereinigung stattfinden konnte, weil es sich weder der NATO-Mitgliedschaft widersetzt und noch auf der deutschen Neutralität bestanden hat. Hätte Rußland dies getan, hätte es wohl keine Wiedervereinigung gegeben, weil etablierten deutschen Politikern „westliche Werte“ als Annexionssurrogat höher gestanden wären als „deutscher Nationalismus“ (auch wenn er nur in Form der Geltungserstreckung des Grundgesetzes ohne Zustimmung der Herrschaftsmächte seinen Ausdruck gefunden hätte). Bestenfalls hätte es dann für die DDR eine „österreichische Lösung“ gegeben - woran allerdings die spezielle Lage Berlins im Zentrum eines potentiellen DDR-Österreichs, also ein letztlich geographischer Faktor entgegengestanden wäre: die alliierte Deutschlandkonzeption mit Berlin als einem Sonderstatus zu unterwerfender Hauptstadt

s. dazu bei: Von den Kommandantur-Befehlen in West-Berlin zu den Verbotsanträgen gegen die NPD / Linkstotalitäre und besatzungsrechtliche Bezugspunkte der bundesdeutschen Parteiverbotsmentalität

<https://links-enttarnt.de/partieverbotskritik-teil-25>

hat also die BRD-Politik davor bewahrt, einer weiteren Rückgängigmachung der Errungenschaft von 1871 zustimmen zu müssen.

Alternative politische Kräfte, die sich einer derartigen Politik widersetzen, läßt man folgerichtig in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere mit dem Instrument des Inlandsgeheimdienstes, der sich „westlichen Werten“ und nicht demokratisch-deutschen Interessen verpflichtet wissen muß, nicht hochkommen, wie auch der Österreichboykott der EG-Staaten zeigt, der sich naturgemäß gegen die Deutschen gerichtet hat.

s. dazu: Europa als VS-System gegen „deutsche Nationen“ – Was besagen die „Österreich“-Sanktionen der EU-XIV von 2000?

<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-6>

Hauptargument französischer Experten und Politiker war es doch, mit der FPÖ den sog. „Pangermanismus“ zu bekämpfen. Die Logik des NATO-Krieges gegen Rest-Jugoslawien

s. dazu: Europa als Delegitimierung „formaler“ Demokratie

<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-7>

läßt diesen in einer gewissen Hinsicht als vorweggenommene Folge des Österreichboykotts erscheinen, der eine erhebliche aggressive Einstellung sog. demokratischer und damit natürlich - dem Ideologiesystem der Europaherrschaft entsprechend - befreundeter Staaten gegenüber einer falsch wählenden deutschen Demokratie zum Ausdruck gebracht hat: Der Feind, den der Weltstaat durch Abschaffung des Krieges beseitigt, kehrt dann als „Verfassungs-Feind“, den es u. U. in Form des (internationalen) Bürgerkriegs zu bekämpfen gilt, wieder.

Konsequenzen aus der Lehre des Staatenkreises für eine deutsche Außenpolitik

Es ist daher nicht zu erkennen, daß etwa durch „Europa“ oder die „Demokratie“ der Staatenkreis des *Kautilya* wirklich gebrochen wäre. Allenfalls mag es zu einer Verlagerung des Kreises kommen, was dazu führt, daß durch „Europa“ zwar bisherige Feinde zu Freunden werden, aber folgerichtig auch potentielle Freunde - wie Rußland im Verhältnis zu Deutschland - zu neuen Feinden. Dabei müßte im einzelnen geprüft werden, ob diese durch „Europa“ bedingte neue Freundschaft und Feindschaft wirklich im deutschen Interesse liegt (falls dies noch zählen sollte). Fest steht damit zumindest: Auch durch „Europa“ haben sich nur die Formen und Formeln der Machtausübung gewandelt, was man durchaus als „Fortschritt“ begreifen kann. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit die Politik, in Sonderheit die Außenpolitik nicht zum Stillstand gebracht worden ist. Es mag ja sein, daß der ideologische Faktor der Politik so bedeutsam geworden ist, daß er tatsächlich die Logik des Staateskreises zwar nicht aufgehoben, aber durch die Logik der Bipolarität und der dualistischen Feinderklärung in den Hintergrund gerückt hat: Gerade, wenn sich aber, etwa durch allgemeine Einführung von Demokratie, so etwas wie „gemeinsame Werte“ gar weltweit etablieren und insoweit die Unterscheidungen entfallen, wird wieder der eigentliche und aufgrund des Knappheitsgesetzes, das auch die Demokratie nicht aufheben kann, unaufhebbare Gegensatz deutlich, der bei in Form von Gebietskörperschaften organisierten Staaten dadurch zum Ausdruck kommt, daß eben mit den unmittelbar benachbarten Staaten die größte Wahrscheinlichkeit eines Konflikts besteht.

Zum Zwecke eines Tests für die Verifikation dieser Annahme sei deshalb vorgeschlagen, die deutsche Außenpolitik danach auszurichten, daß man Umfragen im benachbarten und weiteren Ausland veranstaltet, mit deren Hilfe man feststellt, ob eine eher antideutsche oder eine eher deutschfreundliche Einstellung vorherrschend ist. Das Ergebnis dürfte sich mit dem decken,

was aufgrund der Betrachtung des Staatenkreises bereits anzunehmen ist und wie sich etwa an den Rissen nachweisen läßt, die die Frage des Irak-Krieges im EG-Europa hervorgerufen hat.

s. dazu Anlage 3

Damit sollte auch klar sein, wer Freund, Feind und - mehr freundlicher und mehr feindlicher - Neutraler ist und die Außenpolitik danach und nicht oder weniger nach ideologischen Gesichtspunkten ausrichten, wobei letzteres nicht dahingehend mißverstanden werden soll, den ideologischen Faktor zu negieren, da dieser durchaus entscheidend ist. Maßgebend ist, daß dieser Faktor, die *mantra* im Sinne der Lehre der dreifachen Macht bei Anwendung des sechsfachen Verfahrens im Rahmen des Staatenkreises, so eingesetzt wird, daß sie den eigenen Interessen förderlich ist. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß in Frankreich und nicht etwa in Rußland ein Buch mit dem Titel „Über den nächsten Krieg mit Deutschland“ (von *Philippe Delmas*) hohe Auflagen erzielt hat. In Polen und nicht in Spanien wird seit einiger Zeit mit Hilfe der USA entschieden aufgerüstet, weil man ein - derzeit eher natürliches - deutsch-russische Bündnis fürchtet.

s. *Die Zeit* vom 30. 01. 2003, S. 5: Warum Polen, Tschechen und Ungarn den USA vollkommen vertrauen

In den USA und nicht etwa in Indien sind offizielle Papiere an die Presse gegeben worden, die aus der Zuständigkeit für internationale Demokratieförderung die weltweite Hegemonie ableiten und dabei Deutschland und Japan zu potentiellen Feindstaaten erklären, sofern diese nicht weiterhin vorbeugend unter Kontrolle gehalten werden. Dagegen haben seinerzeit zwar sogar *Kohl* und *Genscher* protestiert

s. *Der Spiegel* vom 16.03.1992, S. 29

und dabei aber die UNO als Lösung angeboten, also die Institution, die bereits im (dann) feindlichen Sinne hegemonisiert ist (es gibt dort die BRD-ideologisch vergessenen sog. Feindstaatenklauseln)! Ideologisch könnte man fragen, wieso „Demokraten“ nur in der UN-Sicherheitsratsoligarchie die Lösung erwarten können. Angesichts dieser völlig unadäquaten Antwort auf eine grundlegende außenpolitische Herausforderung kann in der Tat Zweck der Übung, die mit diesem Beitrag vorgenommen wird, nicht sein, lediglich Vergangenheit und Gegenwart unter bestimmten Kategorien zu analysieren, obwohl auch dies völlig legitim ist, sondern es geht primär darum, Grundsätze oder wenigstens Gesichtspunkte für eine deutsche Außenpolitik von heute und morgen zu formulieren.

Dabei dürfte klar sein, daß Rest-Deutschland - in den Kategorien der Lehren des *Kautilya* formuliert - nicht die Position eines *Vijigishu*-Staates einnehmen kann. Dazu fehlen die materiellen, militärischen und vor allem geistigen Voraussetzungen. Diese theoretische Möglichkeit soll aber hier erwähnt werden, um klarzumachen, daß entsprechende Versuche der Vergangenheit, unabhängig, ob und inwieweit sie überhaupt bestanden, als solche nicht als verwerflich angesehen werden können, da dies der Natur der Staatenwelt entspricht oder zumindest entsprochen hat, wie etwa die Existenz des Britischen Empire belegt (sofern man meint, daß dies nunmehr nicht mehr gilt), zumal in der Tat - wie dargelegt - bei abstrakter Betrachtung durchaus einiges für ein universelles Weltherrschaftssystem zu sprechen scheint, nämlich aus den Gründen, die innerstaatlich auch die Existenz eines Staates anstelle von Anarchie rechtfertigen.

Deshalb kann man sich über die sog. „Fischer-Kontroverse“ über angebliche oder tatsächliche deutsche Weltmachtbestrebungen eigentlich nur amüsieren, zumal die Kritik in der Regel von der Seite kommt, die überhaupt keine Bedenken hat, für eine US-Hegemonie einzutreten und sich dieser willig zu unterwerfen bereit ist. Auf der Grundlage der Erkenntnisse des *Kautilya* zu kritisieren und zu verurteilen sind die Methoden, aber auch die unzulänglichen Konzeptionen, mit denen die Nachahmung des Britischen Empires und der amerikanischen Weltmachtbestrebungen versucht worden ist. Allerdings folgt aus dieser Haltung auch, daß man die offensichtlichen Weltmachtbestrebungen der USA

schon die Rüstungspolitik belegt dies: s. *Die Zeit* vom 30. 01. 2003, S. 19, Die Verteidigten Staaten: Für ihr Militär geben die Vereinigten Staaten rund 25-mal mehr Geld aus als die „Schurkenstaaten“ zusammen

nicht von vornherein und moralisch vorschnell als solche verurteilen sollte, sondern schon konkrete und nicht nur moralisierende Gründe angeben muß, warum man diesen Weltherrschaftsbestrebungen entgegentritt: Der wesentliche - ideologische - Grund ist, daß der Weltstaat nur durch Hegemonie zu verwirklichen ist, die die Demokratie der Satellitenstaaten auf eine bloße Selbstverwaltung herabstuft und damit Demokratie als reales Herrschaftskonzept abschafft.

etwa: Grundgesetz als „internationale Gemeindeordnung“; s. dazu: Der „ungeschriebene Teil des Grundgesetzes“ als eigentliches Verfassungsproblem Deutschlands <https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-5>

und dies selbst dann, wenn diese weltherrschaftliche Hegemonialmacht eine Demokratie darstellen sollte.

s. schon zum Attisches Seebund als Herrschaftssystem des demokratischen Athen: *Wolfgang Schuller*, Die Herrschaft der Athener im Ersten Attischen Seebund, Berlin/New York 1978; die Kampfstellung des traditionell regierten Sparta, dem Feind der griechischen Tyrannis, war dann die Herstellung der (außenpolitischen) Freiheit, d.h. Unabhängigkeit der demokratisch hegemonisierten Stadtstaaten

Die weitere mögliche Position Deutschlands wäre daher im Sinne des Staateskreises nach *Kautilya* die des *mitra* eines *Vijigishu*-Staates. Dies beschreibt die derzeitige Position der Bundesrepublik Deutschland als Verbündeter der Welterohebungsmacht USA. Bekanntlich haben sich die USA schon seit ihrer Entstehung dieser Welterohebung verschrieben, nehmen für sich dabei aber in Anspruch, natürlich etwas ganz anderes zu sein als die Imperien der Vergangenheit: Sie wollen keine Weltmonarchie begründen, sondern im Gegenteil - eine bemerkenswerte Wendung des persischen (manichäischen) Dualismus - gerade von der korrupten Welt der europäischen Königsherrschaften erlösen, um als letztes der Reiche das Ende der Geschichte herbeizuführen (was nach der Erwartung von religiöseren Kreise das *Second Coming of Christ* vorbereitet). Anstelle der Weltmonarchie als Ideal der Vergangenheit will der Amerikanismus - und dies ist gerade das (angeblich) Neue - „demokratische Werte“ fördern. Und genau hierin liegt das Problem dieser Weltherrschaftsbestrebungen und liegen die wirklichen Gründe, diesen entgegentreten:

„Demokratie“ ist nämlich die Staatsform, welche sich am wenigsten universalisieren läßt: „Der Demokratie wohnt also schon immer ein offener Antiuniversalismus inne, der davon ausgeht, daß, wenn der imperiale Traum einer Universalisierung der Demokratie Wirklichkeit werden würde, er nicht die Form der Demokratie annähme.“

So *Wendy Brown*, Wir sind jetzt alle Demokraten ..., in: Demokratie? In: *Giorgio Agamben* (Hg.), Demokratie? Eine Debatte, S. 55, 64.

Es mag zwar sein, daß sich überall auf der Welt die Demokratie als Regierungsform durchsetzt und insofern universell wird, was allerdings bedeutet, daß gerade Außenpolitik nicht aufhört, sondern gewissermaßen eher zunimmt, weil sich Demokratie durch die Freiheit legitimiert und damit eben die Wahrscheinlichkeit unterschiedlicher Politiken mit den entsprechenden Konflikten zunehmen müßte. Die US-amerikanische Politik löst diesen Widerspruch scheinbar dadurch auf, indem sie deutlich macht, daß mit den von ihr propagierten „demokratischen Werten“ gar nicht real Demokratie gemeint ist und auch - schon aus ökonomischen Gründen (wollen sich die Amerikaner in einem Weltparlament wirklich von Indien zur Finanzierung der indischen Subventionspolitik überstimmen lassen?) - nicht gemeint sein kann, sondern eine Fehlbezeichnung für eine Art Theokratie vorliegt, womit aber gerade die Ähnlichkeit mit klassischen Weltmachtbestrebungen (ein Gott, ein Reich, ein Kaiser) deutlich wird. Dies kann etwa an der Politik belegt werden, den Europäern die EU-Mitgliedschaft der Türkei aufzuzwingen. Diese Mitgliedschaft soll nicht nur dazu beitragen, durch „Balkanisierung“ (Masseneinwanderung) die Notwendigkeit von Interventionen der USA, zumindest ideologiepolitischer, wenn nicht im Zweifel auch militärischer Art, in multikulturelle Entwicklungen (die man als Innenrichtung des Staatenkreises begreifen kann) langfristig sicherzustellen, sondern durch die Europäisierung der Türkei soll so etwas wie ein „europäischer Islam“ entstehen, der Europa in eine als „Demokratie“ verstandene, aber leichter als Quasi-Reich oder Reichersatz zu beherrschende „jüdisch-christlich-islamische Wertordnung“ der „abrahamitischen Religionen“ überführt.

zu Recht ist eine russische Zeitschriftenschau in *FAZ* vom 19. 02. 2003, S. 39 betitelt: „Vor dem amerikanischen Kaliphat“

Damit ist in der Tat die größte Gefahr nicht nur für die Staats- und Gesellschaftsordnungen der europäischen Staaten, sondern schlicht und ergreifend für die Völker Europas überhaupt beschrieben. Diese Gefahr würde bei der EU-Mitgliedschaft der Türkei, die den Europäern aus den genannten Gründen von den USA aufgezwungen wird, wirklich ihre „Irreversibilität“ erhalten, wovon im Zusammenhang mit „Europa“ so häufig die Rede ist.

s. dazu: Das Volk der Demokraten von Euronien
<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-8> und
Fremdherrschaft der Euro-Werte
<https://links-enttarnt.de/kritik-der-europaideologie-teil-9>

Allein die gehorsame Unterordnung unter die Amerikaner zeigt den grundlegenden Wechsel im Verständnis des internationalen Systems an, was man nur als eine Art von „Asiatisierung“ beschreiben kann, aber seltsamer Weise ebenfalls unter dem Stichwort „demokratische Werte“ abläuft, aber genau auf die Konzeption hinausläuft, die *Kautilya* für den Erobererstaat als Endzustand propagiert. Nach *Huntington* hat der Unterschied zwischen Europa und Asien darin bestanden, daß sich bei letzterem durch Anlehnung an die beherrschende Macht konzentrische Kreise um dieses Machtzentrum gebildet haben,

s. dazu Anlage 2

während in Europa der Auftritt eines Machtzentrums im Interesse der Freiheit immer zur Bildung einer Gegenmacht hat rufen lassen.

s. Harald Kleinschmidt, Geschichte der internationalen Beziehungen, Reclam, 1998; so hat sich gerade die aggressive Politik Frankreichs gegen die Habsburger legitimiert, was einen wesentlich Grund darstellt, daß die entsprechenden Weltmachtbestrebungen zum Scheitern verurteilt waren und sich dabei Freiheit ergeben hat (wie an Aufkommen und Etablieren des Protestantismus belegt werden kann)

Internationale Gegenmachtbildung ist nämlich auf internationaler Ebene, was innerstaatlich als Gewaltenteilung firmiert. Da aber das internationale System als solches kein hierarchisches Gebilde darstellt wie der Nationalstaat im Inneren, sondern letztlich ein System der Selbsthilfe, kann es der Erkenntnis eines *Thukydides* entsprechend in diesem System Gerechtigkeit nur bei Machtgleichgewicht geben (entsprechend der Konzeption von verfassungsrechtlichen *checks and balances* im Innenverhältnis). Existiert dieses Machtgleichgewicht nicht, werden die Mittel dieses Systems wie Diplomatie, völkerrechtlicher Vertrag und kriegerische Vertragsdurchsetzung notwendigerweise zum Untergang der Schwachen dieses Systems führen, wie nicht zuletzt am Untergang der einst unabhängigen Indianervölker im Gebiet der heutigen USA nachgewiesen werden kann, denen die USA jeweils ihre Unabhängigkeit auf einem gesicherten Gebiet garantiert hatten.

s. dazu: Dorothy V. Jones, License for Empire, Colonialism by Treaty in Early America, 1982; innerstaatlich wird dann bei Minimierung von *checks and balances* aus einer freien Demokratie eine „Volksdemokratie“ und dergl.

Die mangelnde Entschlossenheit europäischer Völker zu dieser Gegenmachtbildung - selbstverständlich auch unter der Berücksichtigung militärischer Mittel (eigenes europäisches Atomwaffenpotential) - zu schreiten und sich stattdessen mit latein-amerikanischer Genügsamkeit abzufinden, die wiederum selbst Ergebnis der US-amerikanischen Interventionspolitik der Vergangenheit ist, führt notwendiger Weise durch Ausschaltung des Systemwettbewerbs zur wirtschaftlichen Unterentwicklung und schließlich und damit verbunden, langfristig, wenn nicht schon mittelfristig zum Verlust der politischen Freiheit. Diesen Prozeß kann man zum einen daran erkennen, daß der amerikanische Universalismus die nationalstaatlichen Demokratien Europas mit Hilfe der internationalen Organisationen, insbesondere durch die wesentlich von den USA initiierte EU auf eine bloße Selbstverwaltung herabstufte, die der Freiheit zwar ähnelt, diese aber zunehmend ersetzt. Zum anderen kann man die „Asiatisierung“ des außenpolitischen Systems daran erkennen, daß sich europäische Staaten mit den USA zu einer „Holocausterinnerungskonferenz“ versammelt haben, was dann Grundlage der sog. Österreichsanktionen, aber auch des Balkankrieges war. Dies stellt so etwas wie eine Nachahmung der Zusammenarbeit islamischer Staaten dar, der einzigen Staatengruppe, die sich explizit an der entsprechenden Religion ausrichtet; es gibt im Unterschied dazu keine Konferenz christlicher oder buddhistischer Staaten. Der Islamismus stellt in der Tat die stärkste Antithese zum Nationalstaatskonzept dar.

s. dazu: Universelle Religion und Staatsvielfalt - Eine religionsgeschichtliche Betrachtung zu Monotheismus und Völkerpluralismus

<https://links-enttarnt.de/universelle-religion-und-staatenvielfalt>

Ist dieses Nationalstaatskonzept, obwohl Grundlage der Demokratie, im theokratisierten (universalistischen) Werte-Europa nicht mehr erwünscht, bietet sich bei ideologisch zwingender Nachahmung theokratisch-asiatischer Herrschaftskonzepte an, Staaten unter einem religiösen Bekenntnis - in diesem Fall der insbesondere die Deutschen und ihren Untergang ins Visier nehmenden Holocaustbewältigung als US-Zivilreligion - zusammen-zuführen.

wobei wohl der Hinduismus nur deshalb als *eine* Religion verstanden wird, weil er den Teil der Welt umfaßt, den die - von Ausländern so genannten - Inder als „Welt“ verstanden haben, also letztlich aus politischen Gründen, da es sich theologisch um mehrere, sogar monotheistische Religionen handelt, die sich allerdings widersprechen (falls man sie jeweils ernst nimmt)

s. dazu: <http://etappe.org/media/pdf/BRDRRelig4revfin.pdf>

Mit der EU-Mitgliedschaft der Türkei, die zwar zwischenzeitlich zurückgestellt ist, aber weiterhin amerikanisches Anliegen sein wird, vereinigen sich die Bedrohungen für die nationalstaatliche Demokratie und Freiheit durch die beiden derzeit zu beobachtenden expansiven *Vijigishu*-Universalismen („Kaliphatsbewegungen“), US-Liberalismus und Islamismus (wobei nur ersterer als Staat organisiert ist, wengleich dies der Islamismus in Syrien und Irak versuchte).

Wenn dem so ist, müßte dann Deutschland nicht die Position des *Ari*, also des Feindes der Weltmacht USA übernehmen? In der Tat liegt eine derartige Positionierung aufgrund der dargestellten fundamentalen Bedrohungssituation nahe, wobei als bundesdeutsche Besonderheit hinzukommt, daß nur durch eine Abnabelung von den USA erreicht werden kann, daß die immer noch nachwirkenden Elemente einer auf die Besatzung zurückgehenden Überverfassung mit innerstaatlicher Diskriminierungswirkung endgültig abgebaut werden können.

s. Unfreie Entstehungsbedingungen des Grundgesetzes als fortwirkende Demokratiedefizienz <https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-6> und Fortwirkung der alliierten Überlagerung des Grundgesetzes als Demokratiedefizienz <https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-7>

Allerdings fehlen für eine hier auch nur theoretisch erörterte *Ari*-Stellung Deutschlands die notwendigen finanziellen, militärischen und vor allem mentalen Ressourcen. Dies könnte wohl nur eine deutsche Vorherrschaft in Europa leisten, die auf der Grundlage des demokratischen *one-man-one-vote*-Prinzips auf europäischer Ebene voraussetzt, daß - wie bereits angedeutet - das (britisch-)französische Atomwaffenpotential und die Vetoposition dieser Staaten im UN-Sicherheitsrat „europäisiert“ werden, um dann mit den USA multiplural auf einer Ebene zu stehen.

Dagegen natürlich schon der bedeutsamste US-Außenpolitiker *H. A. Kissinger*, Die Einigung Europas darf nicht auf Kosten der NATO gehen, in: *WamS* vom 1.03.1992

Da aber diese Art von Demokratisierung trotz propagierter und möglicherweise sogar doch noch durchgesetzter „europäischer Verfassung“ aufgrund britischer und französischer Feindbestimmung nicht erfolgen wird und damit auch die Voraussetzungen fehlen, mit einem deutsch-russischen Bündnis als Option im Hintergrund die NATO aufzulösen, ist diese Position zumindest derzeit nicht zu empfehlen. Dazu könnte noch kommen, daß die Masseneinwanderung aus der Türkei (und überhaupt aus moslemischen Gebieten) von den USA gerade für den Fall gefördert wird, daß in Europa tatsächlich einmal, demokratiethoretisch zwingend, das *one-man-one-vote*-Prinzip eingeführt wird, weil es sich dann bei der in Deutschland abstimmenden „Bevölkerung“ in einem mehr oder weniger großen Ausmaß um Türken / Moslems handeln würde, von denen man nach dem propagierten Ideologiesystem der prästabilisierten Identität der Entscheidungsprozesse aller Demokratien annimmt, daß sie so abstimmen, wie die USA dies beschlossen haben.

Dann bleibt nur noch - in den Kategorien von *Kautilya* - die Position des *Udasina*, also des Neutralen. Diese Position könnte innenpolitisch deshalb durchgesetzt werden, weil sie dem Willen und den Wünschen der Mehrheit der Deutschen zu entsprechen scheint, die sich Deutschland, wie sich anhand mehrerer Umfragen nachweisen läßt, als vergrößerte Schweiz wünscht.

So auch die Einschätzung des bekannten französischen Politologen *Alfred Grosser*; s. Interview in: *Evangelische Kommentare*, 1994, S. 148: „Der große Traum der Deutschen ist es, der Schweiz ähnlich zu werden“; statt diese Bereitschaft zur Verwirklichung der Demokratie als äußerst positiv zu würdigen, ist diese prodemokratische Haltung von Deutschen der französischen Politik äußerst suspekt: Außenpolitische Interessen sind also sog. Demokratien des Westens im Zweifel doch wichtiger als Demokratie!

Deutschland müßte demnach aus NATO und EU austreten und könnte sich darauf beschränken, seine inneren Verhältnisse in Ordnung zu bringen, wozu die Reduzierung, wenn nicht gar Einstellung der Zahlungen an das Ausland ohnehin erforderlich ist. Eine effektive Armee würde wieder bezahlbar werden, weil sie sich auf die reine Landesverteidigung beschränkt, die allerdings auch sicherstellen müßte, daß die Wahrnehmung des Austrittsrechts aus „Europa“, NATO etc. ohne militärische Interventionen verwirklicht werden kann. Militärtechnische Kooperationen etwa mit der indischen und japanischen Demokratie wären dabei wohl vorteilhaft. Gegenüber dem Ausland könnten und müßten im Sinne der *mantra* beruhigende Signale abgegeben werden, indem man sich genuin auf die Demokratie verpflichtet, die doch nach dem amerikanischen Bekundungen Kriege abschafft, weshalb die „Einbindung“ der Deutschen nicht mehr erforderlich ist. Die Deutschen könnten ihre Anhänglichkeit an die Demokratie sogar noch dadurch besonders kundtun, indem sie bei Anwendung von Artikel 146 GG aufgrund der unmittelbaren Ausübung von Volks-souveränität

s. dazu: Zur Bedeutung von Artikel 146 des Grundgesetzes
<https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-1>

ein Verfassungssystem verwirklichen, das die US-amerikanische Verfassung rezipiert.

etwa als demokratisch-republikanische Version der sog. Bismarckschen Reichsverfassung: Eine rechte und liberale Verfassungsoption: Eine demokratisch-republikanische Version der Bismarckschen Reichsverfassung
<https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-8>

Jedoch: Würde eine derartige, in der Tat unzweifelhaft als genuin demokratisch zu bezeichnender Politik vom freundlichen Ausland hingenommen werden? Die Frage stellen heißt wohl, sie leider verneinen zu müssen.

s. etwa den Bericht von *Guardian Weekly* vom 20.01.1991: Germany's narrow provincialism inadequate for wider stage (übernommen aus *Le Monde*)

Die bipolare und dualistische Weltsicht der USA kann die Neutralität nicht ertragen und ordnet einen Neutralen, der sich nicht unterwirft, den zu bekämpfenden „Schurkenstaaten“ zu. Eine noch jüngere Einreihung Deutschlands mit Libyen (des mittlerweile beseitigten *Gaddafi*-Regimes) und Nord-Korea mag noch metaphorisch gemeint sein, nach einer bestimmten Zeit könnte daraus blutiger Ernst werden: Das Dogma, das zwischen Demokratien keine Kriege

stattfinden, würde dann nicht helfen, weil dann Deutschland dann einfach nicht mehr als „Demokratie“ wahrgenommen werden würde, wenn es „auf Seite der Diktatoren“ stünde oder diesen irgendwie zugeordnet würde. Bereits die möglichen Verfassungsänderungen in Anlehnung an die doch offensichtlich vorbildliche amerikanische Verfassung würde auf den Widerspruch amerikanischer und sonstiger befreundeter *Think-tanks* stoßen, würde doch die Einführung eines Präsidentialregimes den Parteienstaatscharakter der Bundesrepublik Deutschland vermindern und damit die außenpolitische Steuerung der Bundesrepublik durch entsprechende *Think-tanks* wie die „Atlantik-Brücke“ und den damit verbundenen amtlichen Diensten erschweren (was ja die Herabstufung von Demokratie auf Selbstverwaltung in den Satellitenstaaten kennzeichnet). Vorweg würde der „westlichen Werten“ (und auch Mächten, zumindest ursprünglich) verpflichtete Inlandsgeheimdienst der Bundesrepublik

s. dazu: „Verfassungsschutz“ als Nachwirkung der besatzungsrechtlichen Enklaven-Demokratie Bundesrepublik: Militärwissenschaftliche Feindbekämpfung als Demokratieschutz <https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-teil-21>

Gruppierungen, welche die Einführung der amerikanischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland fordern, natürlich als „Feinde“ identifizieren: Und dies in einem Zeitalter, in dem es aufgrund der demokratischen Abschaffung von Außenpolitik eigentlich gar keine Feinde mehr gibt!

Ein Beleg dafür, daß die Abschaffung der Außenpolitik lediglich die Neigung zu innenpolitischen Feinderklärungen erhöht, so wie die Abschaffung der Kriege Bürgerkriege wahrscheinlicher macht, die dann im Weltstaat ohnehin garantiert sind (weil dann gar keine anderen Kriege mehr möglich sind). Selbst wenn man diese Entwicklung als „Fortschritt“ ansehen sollte: Das von US-Ideologen propagierte „Ende der Geschichte“ ist damit sicherlich nicht erreicht. Im übrigen hat „man“ sich so an deutsche Zahlungen gewöhnt, daß deren Einstellung als internationaler „Rechtsbruch“ verstanden werden würde. Und in einem Zeitalter der internationalen Umverteilung konnte sogar die in klassischer Weise neutrale Schweiz nicht vermeiden, als nettozahlendes UN-Mitglied und Opfer der Vergangenheitsbewältigung in die universale Umverteilungsmasse eingestellt zu werden.

Was also tun, wenn auch die Position des Neutralen mit - erheblichen - Gefahren verbunden ist, wobei die besondere Situation Deutschlands in Form der Bundesrepublik von einem der wenigen kundigen Journalisten einst richtig in fast *Kautilya*'schen Kategorien - bei völligem Absehen von der Frage der Verfassungsordnung - wie folgt dargestellt worden ist:

„Ein Land, das stärker ist als jeder einzelne Nachbar, aber schwächer als alles zusammen und als Mitte sitzen bleibt, kann keine politische Existenz haben“ (*Johannes Groß*).

Die Antwort kann eigentlich nur lauten, daß man bei Anwendung des sechsfachen Verfahrens so tut als sei man Verbündeter und mit der *mantra* des *mitra* auch die Politik eines *ari* verfolgt: Man wird deshalb für die NATO eintreten müssen und zwar so entschieden, daß man sie weltweit ausdehnen will und sie insbesondere auf Rußland und Mexiko erstreckt. Bei Zurückweisung der EU-Mitgliedschaft der Türkei kann man auch der EU-Ausdehnungspolitik durchaus zustimmen: Die Ausdehnung Europas wird nämlich die außenpolitische Sinnlosigkeit dieser Konzeption deutlich machen, da wie beim Nationalstaat - oder bei einem Privatunternehmen - nur dann ein operables, d.h. ein ökonomisch sinnvolles Konzept vorliegt, wenn eben nicht alle dazugehören. Gehören aber alle dazu, ist politisch in der Regel genauso viel erreicht als würde keiner dazu gehören. Bekanntlich sind deshalb die Briten, nachdem sie „Europa“ nicht mehr verhindern konnten (weil dies die USA anders gewollt haben), schon

immer für eine schnelle Mitgliedschaft möglichst vieler Staaten eingetreten und als die EU-Ausdehnung eine gewisse Grenze erreicht hat, tritt man aus der EU aus.

Bei einer entsprechenden Überdehnung von NATO und EU werden sich dann dieselben außenpolitischen Bündniskonstellationen auch innerhalb der „Weltinnenpolitik“ ergeben, die sich auch ohne Existenz derartiger Organisationen einstellen würden.

s. dazu wiederum Anlage 3

Deshalb hat sich die EG-Kommission bereits vor der EU-Ausweitung nach Osteuropa mit dem Phänomen konfrontiert gesehen, daß innerhalb der 15-Staaten-EG der offizielle Multilateralismus durch die Zusammenarbeit der Regierungen unterlaufen wurde. In der nunmehr bestehenden 27-Staaten-Union wird sich dieser Prozeß noch erheblich beschleunigen. Würde das Funktionsprinzip der internationalen Machtpolitik anders sein, müßte aufgrund der nahezu universellen UNO der Weltfriede schon längst ausgebrochen sein: Dieser ist sicherlich nicht von der Schweiz bedroht worden, die sich aufgrund ihrer Demokratie bis zum 10. September 2002 weigern konnte, der UNO anzugehören. Wenn der Weltfriede nicht ausgebrochen ist, dann liegt dies wohl eher daran, daß der UNO zu viele, nämlich fast alle angehören, so daß sich die Machtkonstellationen in ähnlicher Weise stellen, als würde keiner dazugehören. Internationale Organisationen ändern an dieser Situation nur insofern etwas, als durch sie einige Staaten „gleicher“ sind als sie es ohne diese Organisationen wären. Die wirkliche Macht liegt allerdings dann nicht bei der internationalen oder supranationalen Organisation, sondern bei Staaten, deren privilegierte Ungleichheit Macht zum Ausdruck bringt. Warum sollte es bei einem Größteuropa anderes sein als bei der UNO?

Innerhalb dieses *nolens volens* zum klassischen und damit gewissermaßen natürlichen System zurückkehrenden Europa, kann man dann die Vorbereitungen für die weiteren Entwicklungen treffen: Insbesondere durch Entwicklung besondere Beziehungen im Rahmen des Regionalismus, welche die europäische Vereinigung besonders vertiefen. Zu denken ist daran, daß sich die Staaten oder Regionen zusammenschließen, deren Bewohner über eine gemeinsame oder eng verwandte Sprache und Kultur verfügen wie Deutsche, Österreicher, (Deutsch-)Schweizer, Liechtensteiner, Luxemburger, Südtiroler und Elsässer. Wenn hierbei keine Europäisierung gelingt, wie soll dann eine Vereinigung von Deutschen und Franzosen möglich sei, wo immer noch die größten mentalen Unterschiede in Europa festzustellen sind

s. dazu Interview mit dem französischen Intellektuellen *Berard Henri Levy* im *Spiegel* vom 1.04.1990, S. 211 ff.

Natürlich wird man dem europäischen Regionalismus entsprechend anderen Regionen ihre besondere Stellung einräumen müssen: So spricht nichts dagegen, die Schotten, Bretonen und Korsen zu fördern. Selbstverständlich ist auch an die Flamen zu denken - was langfristig einen gegenüber Deutschland freundlich-neutralen Staat, gegenüber einem eher feindlich-neutralen Belgien herbeiführen könnte. Dabei könnte zu überdenken sein, ob man wirklich noch eine britische oder belgische Monarchie braucht. Die Frage ist auch, ob man deutschen PISA-Schülern unbedingt die schwere französische Sprache als Fremdsprache zumuten muß oder ob nicht das wohl (bei lateinischen Vorkenntnissen) etwas einfachere Spanisch an deren Stelle treten sollte. Besonders begabte Schüler, denen Französisch zu einfach ist, sollte der anspruchsvollere Russisch-Unterricht empfohlen werden, sofern sie sich nicht gleich der japanischen Sprache zuwenden.

Bei dieser in der Tat schwierigen außenpolitischen Stellung Deutschlands und den damit verbundenen Gefahren bleibt eigentlich nur der Trost eines Ausspruchs von *Carl Schmitt*, der als Motto über das Analysewerk des *Kautilya* angebracht werden könnte (s. den *Criticon*-Artikel des Verfassers): „Die Macht ist stärker als jeder Wille zur Macht, stärker als jede menschliche Güte und glücklicherweise auch stärker als jede menschliche Bosheit.“ Deshalb kann man und muß man sich auf derzeit auf die Wahrung und Wiedergewinnung der inneren wirtschaftlichen Effizienz beschränken, indem man auch eine Verfassungsreform vornimmt, die sich etwa an die US-Verfassung anlehnt oder alternativ das Verfassungssystem der Schweiz übernimmt (was bei einem effektiven Föderalismus zur Auflösung zumindest der Bundestrich-Bundesländer führen müßte). Europa und NATO sind so weit ausdehnen, daß sie sinnlos werden, die Einwanderung von Mexikanern in die USA ist zu fördern, damit sich dort Abspaltungstendenzen verstärken und die USA schwächen. Ideologisch tritt man entschieden für den Pazifismus ein, hofft, daß sich die USA durch Krieg und Rüstung verausgaben und moralisch diskreditiert werden.

s. *Die Welt* vom 25. 01. 2003, S. 3: Wir sind wieder wer. Die Deutschen und ihre klammheimliche Freude darüber, daß die Amerikaner plötzlich moralisch im Unrecht sind; was diese ultraozeanische Zeitung den Deutschen natürlich nicht gönnen will

Aus „Demokratie“ leitet man, die USA die Verfügung über die *mantra* entreißend das Recht zum Austritt aus dem Weltstaat und damit der amerikanischen Vorherrschaft ab. Man lehnt den Rassismus ab, indem man mit der japanischen und indischen Demokratie eng - erforderlichen Falles auch militärtechnisch - zusammenarbeitet. Dagegen empfiehlt sich ein - vorschnelles - Bündnis mit China nicht, weil China als Nachbar Rußlands notwendigerweise und aus demographischen Gründen (chinesischer Bevölkerungsdruck auf russisches, allerdings teilweise ehemals chinesisch beherrschtes Gebiet) der Gegenspieler Rußlands und damit des möglichen notwendigen Verbündeten Deutschlands bleibt, was nur dadurch modifiziert werden könnte, daß China und Rußland deshalb Verbündete werden, weil die USA im *Great Game* um die Vorherrschaft in Eurasien zu stark auf die türkische und turanische (pantürkische) Karte setzen. Grundsätzlich betrachten nämlich die USA - in Übereinstimmung mit der Logik des Staateskreises - die Japaner als Feinde, haben heimliche Sympathie mit der Volksrepublik China, die auf die Missionierungsversuche des amerikanischen Protestantismus im 19. Jahrhundert zurückgeht und können sich deshalb mit chinesischen totalitären Atomwaffen abfinden, während sie die demokratischen Atomwaffen der Inder lange für anrühlich gehalten haben und demokratische japanische Atomwaffen immer noch entschieden verhindern. Daher ist schon nach *Kautilya*'schen Kategorien, die sich bei realistischer Einschätzung als richtig herausstellen, grundsätzlich eine Konstellation Deutschland - Rußland - Indien - Japan für den Fall anzustreben, daß die Neutralität nach Schweizer Art nicht akzeptiert werden würde, d.h. man sollte sich auf eine derartige Konstellation nicht dogmatisch festlegen; denn sollte tatsächlich die Machtstellung Frankreichs bei Auflösung der NATO „europäisiert“ werden und die USA im asiatischen Raum in die turanische Falle laufen, könnte die Bündiskonstellation natürlich auch ganz anders aussehen.

Vorliegend geht es primär darum, sich dem außenpolitischen Denken zu öffnen. Die vorgenannten Überlegungen können natürlich verworfen werden, was dann aber immerhin ein Akt der Reflexion und nicht nur Vollzug zivilreligiöser (verfassungsreligiöser) Glaubensgehalte, d.h. von (gut gemeinten) Vorurteilen darstellen sollte.

Literaturhinweise:

Johann Jakob Meyer: Das Altindische Buch vom Welt- und Staatsleben. Das Arthaçāstra des Kautilya (Übersetzung aus dem Sanskrit), Leipzig 1926

Patrick Olivelle, King, Governance, and Law in Ancient India: Kautilya's Arthasastra, Oxford 2013

Ludger Kühnhardt, Staatsordnung und Macht in indischer Perspektive. Chanakya Kautilya als Klassiker der politischen Ideengeschichte, in: *Historische Zeitschrift* 1988, S. 333-355

George Modelski: Kautilya: Foreign Policy and international System in the Ancient Hindu World, in: *The American Political Science Review*, 1964, S. 549-560

Hans Kammler: Nachbarschaftsrelationen und Bündnispolitik. Ein Nachtrag zur Ideengeschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 1970, S. 496-523.

Der Staatenkreis (Mandala) nach
Kautilya – Arthashastra

Nach **Krishna Prasanna Mukerji**: Ancient Political Experiences, Colombo, 1961, S. 143,
in Form eines Schachbrettes

	Arimitra-mitra	
	Mitra-mitra	
	Ari-Mitra	
	Mitra	Udasina
	Ari	
	Vijigishu	
Madhyama	Parshnigraha	
	Akranda	
	Parshnigraha-sara	
	Akranda-sara	

Vijigishu = ambitionierter Staat („Eroberer“)

Ari = Feind

Mitra = Freund

Udasina = Neutraler

Parshnigraha = Feind („der einem von der Seite angreift“)

Akranda = Freund („der einem beisteht“)

Madhyama = Neutraler („der dazwischen steht“)